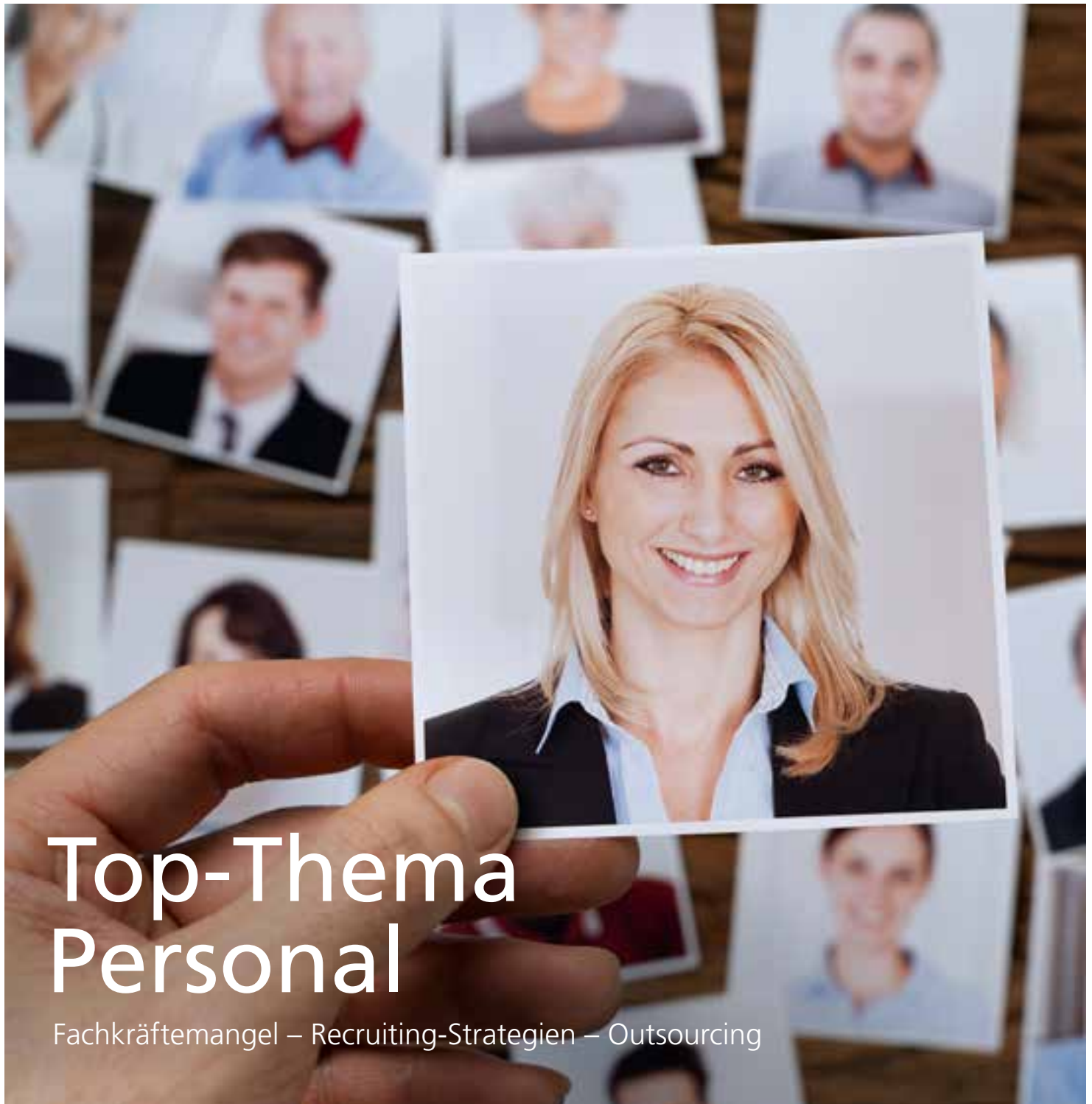


AKDB REPORT

Das Magazin für kommunale Verwaltungen und Unternehmen

01 | 2020 33. Jahrgang



Top-Thema Personal

Fachkräftemangel – Recruiting-Strategien – Outsourcing

OZG-Förderprogramm

Warum sich immer mehr Kommunen dafür entscheiden

Trend: IT-Outsourcing

Warum die Gemeinde Schwangau ihre gesamte IT ausgelagert hat

Online-Formularlösungen





Neue Dienste fürs Bürgerservice-Portal im zweiten Quartal verfügbar



Danke an alle Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung!

Sie und die kommunale Familie halten unser Gemeinwesen in diesen außergewöhnlichen Zeiten am Laufen. Wir alle erleben eine Bewährungsprobe, die wir meistern werden, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam handeln. Dafür sichert die AKDB ihre volle Unterstützung zu!

Wir werden weiterhin für Sie #dasein!

- ▶ **1.000 Mitarbeiter**, ob im Homeoffice oder vor Ort, legen sich täglich für Sie ins Zeug
- ▶ **Kundenservice und Support**
 -  kundenportal.akdb.de
 -  www.akdb.de/servicerufnummern
 -  service@akdb.de
- ▶ **Fachwebinare** (z. B. Techniktage online),
Trainings und Präsentationen
 -  www.akdb.de/webinare
- ▶ **virtuelle Kundenarbeitskreise und -termine**
 -  individuell via GoToMeeting
- ▶ **aktuelle Infos**
 -  www.akdb.de
 -  twitter.com/akdb_de

AKDB

Bleiben Sie gesund!



Liebe Leserinnen und Leser,

„In diesen Zeiten kommt der Massennutzung von E-Government eine völlig neue Bedeutung zu.“

kurz haben wir überlegt, die vorliegende Ausgabe des REPORT ausfallen zu lassen – zu dynamisch erscheinen die aktuellen Ereignisse, ausgelöst durch das Coronavirus. Was gestern noch richtig war, kann morgen schon falsch sein. Es sind bewegte, krisenhafte Zeiten. Gerade in diesen brauchen wir Menschen aber auch Ruhepole und Kontinuität, weswegen Sie nun doch – hoffentlich! – mein Vorwort lesen. Womit wir beim Thema sind: Über 760.000 Online-Briefwahlunterlagen sind vor der bayerischen Kommunalwahl über das Bürgerservice-Portal eingegangen. Ein Großteil davon zu einem Zeitpunkt, als Corona für Deutschland noch weit weg schien. Mit einer Dreiviertelmillion Anträgen ist die Massennutzung von E-Government in Bayern gelebte Realität. Kurzzeitig mussten wir hierfür sogar unsere Systeme nachjustieren. In diesen Zeiten kommt ihnen eine völlig neue Bedeutung zu: Online-Services der Verwaltung bieten Sicherheit, ja können helfen, das öffentliche Leben am Laufen zu halten. Auch unter diesem – neuen – Aspekt ist die Investition in E-Government ein Investment zum Wohle der Bürger und des Gemeinwesens.

Auch uns helfen digitale Technologien, den Dienst für Sie aufrechtzuerhalten. Und so ersetzen wir zu Ihrer Sicherheit mindestens bis Mai Präsenzveranstaltungen durch Webinare. Zum Beispiel die Techniktage (Seite 7). Außerdem arbeiten die meisten unserer Mitarbeiter aus dem Homeoffice, damit sie gesund bleiben und weiterhin für Sie da sein können. Ganz besonders im Kundenservice. Apropos Mitarbeiter: In den kommenden Jahren werden 1,3 Millionen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in den Ruhestand gehen. Schon jetzt fehlen 300.000 Experten in der Verwaltung. In diesem Heft geht es deshalb

vor allem um Personalfragen: um die Ausbildung neuer Verwaltungsmitarbeiter (Seite 12), aber auch um konkrete Maßnahmen, wenn diese in Gemeinden urplötzlich kündigen. Wie die Geschäftsleiterin in der Gemeinde Marktrodach dieses Problem löste, lesen Sie ab Seite 14.

Nicht nur die Corona-Krise wird die zukünftige Arbeitswelt radikal verändern. Gute Mitarbeiter zu finden, zu binden und sie flexibel einzusetzen, zum Beispiel für Sie im Rahmen unserer Servicecenter-Dienstleistungen, das wird für Arbeitgeber wie die AKDB in Zukunft noch wichtiger werden. Deshalb haben wir unsere Recruiting-Strategie völlig neu ausgerichtet (ab Seite 8).

Apropos Zukunft: Die ist auch durch die OZG-Umsetzung geprägt. Doch welche Online-Dienste haben Priorität? Welche wünschen sich Bürger am meisten? Wir wollten es von Ihnen hören und haben deshalb am 20. Februar einen Kundenarbeitskreis durchgeführt (Seite 17).

Um diese Umsetzung zu beschleunigen, bieten wir Ihnen übrigens ab April auch Formularlösungen an, die OZG-konform und durch den Freistaat förderfähig sind (Seite 24). Damit können wir Ihnen schnell einfache Online-Dienste anbieten, die keine Integration in Fachverfahren benötigen.

Gerade in diesen Zeiten wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen, bleiben Sie gesund!

Rudolf Schleyer

Vorstandsvorsitzender der AKDB

8



Suchen, finden, binden!

Modernes Recruiting gegen Fachkräftemangel

SCHWERPUNKT PERSONAL

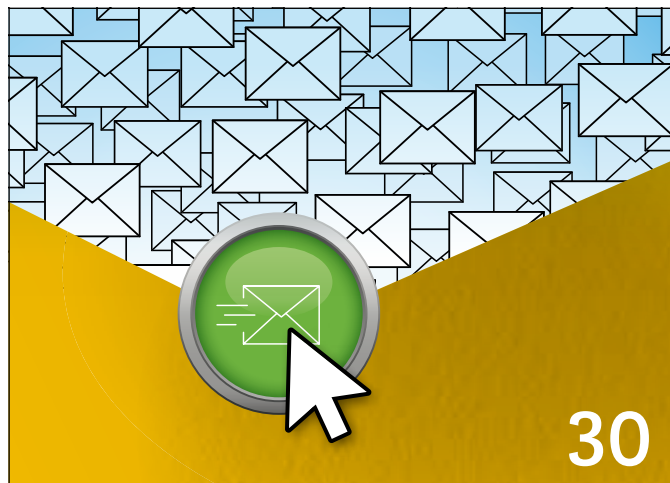
- 8** **Top-Personal: Suchen, finden, binden!**
Modernes Recruiting gegen Fachkräftemangel
- 12** **„Wir brauchen mehr Digitalisierungs-beauftragte“**
Interview mit einem Hauptamtsleiter
- 14** **Wenn die Personalabteilung kündigt...**
Outsourcing der Personalarbeit in Marktrodach

MESSEN & VERANSTALTUNGEN

- 17** **OZG-Kundenarbeitskreis**
Anforderungen und Priorisierung künftiger OZG-Dienste
- 20** **Enger Schulterschluss mit Kommunen ein Muss**
So war's auf dem 6. Zukunftskongress Bayern

KUNDEN & LÖSUNGEN

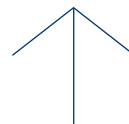
- 18** **Förderprogramm Digitales Rathaus**
Zwei Kommunen erklären ihre Entscheidung
- 22** **Mehr Zeit für Business:**
Das Organisationskonto jetzt mit neuer Schnittstelle
- 24** **Jetzt kommen die Formulare**
Neue Online-Formulardienste im Bürgerservice-Portal
- 26** **Die Software, die mitwächst**
Umstellung auf OK.JUS im Jugendamt Tirschenreuth
- 30** **Schneller Bescheidversand beim AWV Isar-Inn**
So schnell läuft's in der Praxis
- 32** **„Mit eigenen Mitteln nicht zu leisten“**
Schwangau lagert die gesamte IT aus
- 34** **Mehr Bürgerservice mit Kassenautomaten**
Zeit sparen in Röthenbach an der Pegnitz
- 36** **Schnelle Umsetzung!**
Datenschutz-Grundverordnung in Starnberg



Immer gut informiert:

Der Newsletter „AKDB aktuell“ bietet alles Wissenswerte rund um die kommunale IT.

Jetzt anmelden unter
www.akdb.de/newsletter



NEWS

- 6** **AKDB Digital Lab in der Münchner City**
Aufaktveranstaltung der neuen Blockchain-Genossenschaft
- 7** **Trendwende E-Government: sechsstellige Massennutzung**
Online-Briefwahltrträge
Techniktage 2020 als Webinare
Sicherheit geht vor
- 29** **Smartphone statt Lesegerät**
Sich im Bürgerservice-Portal per AusweisApp2 ausweisen
Bravo AKDB-Belegschaft!
Restcents werden gespendet
- 40** **Gemeinsam stark**
AKDB engagiert sich bei Special Olympics

RECHT & VERWALTUNG

- 38** **Schnellere Visumsverfahren – mehr Wachstum**
OK.VISA bereit für das Fachkräfte-einwanderungsgesetz

PERSÖNLICH

- 41** **Nachgefragt**
Interview mit Petra Feldmeier

STANDARDS

- 3** **Editorial**
Rudolf Schleyer,
Vorstandsvorsitzender der AKDB
- 43** **Vorschau**
Themen der Ausgabe 02|2020

Impressum



Blockchain-Genossenschaft tagt in AKDB-Kreativschmiede



Digital Lab in der Münchner City

Zum Auftaktworkshop der Blockchain-Genossenschaft govdigital eG lud die AKDB in ihr neues Digital Lab ein. Dort steht Mitarbeitern und Partnern ein Ideenlabor zur Verfügung – für innovative Produktideen und Technologien für die Verwaltungsdigitalisierung.

Schöner Anlass zur Einweihung des Digital Labs war die Auftakt-sitzung der govdigital eG: Die Blockchain-Genossenschaft kümmert sich um die gemeinsame Entwicklung, Umsetzung und den partnerschaftlichen Betrieb innovativer IT-Lösungen im öffentlichen Sektor. Der Fokus liegt dabei auf rechenzentrumsübergreifenden und cloud-basierten Blockchain-Infrastrukturen. Auf Basis dieser Infrastruktur sollen dann auch Landes- und Bundeseinrichtungen Anwendungen für die öffentliche Hand entwickeln und anbieten können.

govdigital wird mit Blockchain-as-a-Service (BaaS) eigene Anwendungen entwickeln und dafür Kompetenz und Knowhow ihrer Mitglieder nutzen. Durch die gegenseitige Bereitstellung und gemeinsame Nutzung vorhandener Lösungen können Anwendungen effizient im Netzwerk der govdigital betrieben werden. Applikationen bieten etwa Behörden die Möglichkeit, Echtheitsnachweise, Bescheinigungen und Abrechnungen einfacher und kostengünstiger zu erstellen. Beispiele sind die Validierung von Zeugnissen und Führerscheinen, Nachbarschaftsstrom-Verträgen oder rechtssichere Nachweise von Entsorgungswegen. ■



Online-Briefwahlanträge

Trendwende E-Government: sechsstellige Massennutzung

Im Vorfeld der Kommunalwahl in Bayern haben über 760.000 Bürger ihre Briefwahlunterlagen über das Bürgerservice-Portal der AKDB beantragt. Neuer Rekord – und ein Wendepunkt in der E-Government-Nutzung.

In Bayern forderten über eine dreiviertel Million Wahlberechtigte ihre Briefwahlunterlagen online über das Bürgerservice-Portal an, um bei der bayerischen Kommunalwahl abzustimmen. Zum Vergleich: Bei der Landtagswahl 2018 waren es rund 340.000, bei der Europawahl 327.000 Bürger.

In der Vorwahlwoche beantragten viele Bürger aus Sorge vor dem Coronavirus die Unterlagen online, um einen Gang ins Wahllokal zu vermeiden. Da die Nutzungszahlen aber bereits Mitte Februar neue Rekordmarken erreichten, als das Thema Corona noch weit entfernt schien, kann man einen Wendepunkt vermuten: Die großflächige E-Government-Nutzung ist dort, wo sie angeboten wird, Realität. ■



Sicherheit geht vor

Techniktage 2020 als Webinare

Wegen des Coronavirus wurden AKDB-Veranstaltungen bis auf Weiteres abgesagt, auch die Termine der Techniktage. Die AKDB reagiert flexibel: Die Techniktage online erfordern keine Präsenz und bieten adäquaten Ersatz.

Sicherheit. Die ist nicht nur im IT-Bereich extrem wichtig, sondern auch beim Schutz vor dem Covid-19-Erreger. Mit der in Corona-Zeiten zunehmenden Verlagerung des Arbeitsalltags hin zu webbasierten Tools und Prozessen sind IT-Themen wichtiger denn je. Deshalb führen AKDB und LivingData die Techniktage 2020 als Webinare durch: als Techniktage online.

Die **Techniktage online** finden an insgesamt vier Terminen im Mai statt. Weitere Details, Informationen und Anmeldemöglichkeiten finden Sie auf www.akdb.de/veranstaltungen sowie auf www.livingdata.de.



Wir freuen
uns auf Sie
im Mai!

Talentsuche 2.0 bei der AKDB

Top-Personal: Suchen, finden, binden!





Daher hat die AKDB als Arbeitgeber eine neue Recruiting-Strategie ausgearbeitet und adressiert die Themen Mitarbeitergewinnung und -bindung noch zielgerichteter – unter Berücksichtigung aktueller Trends auf dem Arbeitsmarkt.

Gerade um die neue Bewerbergeneration besser ansprechen zu können, hat die AKDB ihr Employer Branding weiterentwickelt. Mit der neuen Karriereseite, eingebettet in eine moderne Kampagne #WillkommenInDerAnstalt, die humorvoll das Image der AKDB als Anstalt des öffentlichen Rechts aufgreift, brach die AKDB 2019 zu neuen Ufern auf. Im Zentrum der neuen Recruiting-Kampagne stehen Mitarbeiter, die in kurzen Storys darüber berichten, was die AKDB für sie als Arbeitgeber attraktiv macht. Begleitend dazu läuft das neue Mitarbeiterempfehlungsprogramm unter dem Titel #BringMichInDieAnstalt.

Demografischer Wandel und Fachkräftemangel stellen auch Personalabteilungen des öffentlichen Diensts vor zunehmende Herausforderungen. Die AKDB reagiert darauf mit einer neuen Recruiting-Strategie.

Da die Kunden der AKDB im Mittelpunkt aller Überlegungen und Handlungen stehen, ist die Rekrutierung und langfristige Bindung von qualifiziertem Personal von zentraler Wichtigkeit. Um weiterhin zukunftsfähige und innovative Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können, sind dringend Fachkräfte erforderlich. Seit Jahren investiert die AKDB enorme finanzielle und personelle Ressourcen, um im Wettbewerb um die klügsten Köpfe erfolgreich zu sein und ihre Arbeitgeberattraktivität weiter auszubauen.

Fachkräfte dringend gesucht

Alleine 2019 hat die AKDB 141 Einstellungen vorgenommen: angesichts der genannten Herausforderungen ein beachtlicher Erfolg. Viele Nachwuchskräfte aus Fachrichtungen wie zum Beispiel Informatik, die die AKDB besonders intensiv sucht, beurteilen eine Karriere im öffentlichen Dienst als zunächst weniger attraktiv.

Mitarbeiterwerbung in der U-Bahn

Darüber hinaus beschreitet die AKDB bei der Personalgewinnung neue, innovative Wege: von Poster-Werbung in U-Bahn-Aufgängen über den Versuch, Mitarbeiter über das sogenannte Active Sourcing (d. h. eine eigenständige, proaktive Recherche, Ansprache und Rekrutierung potenzieller Mitarbeiter, insbesondere über Social-Media-Kanäle) zu gewinnen, bis hin zur Teilnahme an Karriere-Speed-Datings. Aber auch klassische Recruiting-Kanäle werden weiterhin bespielt; neben Stellenanzeigen in einschlägigen Personalportalen präsentiert sich die AKDB weiterhin auf Messen und mittlerweile auch in Schulen. ▶



Mitarbeiter suchen ...

Recruiting-Kampagne
KARRIERESEITE
Mitarbeiterempfehlungsprogramm
Poster-Werbung
EMPLOYER
BRANDING

... und binden!

Arbeitsmethoden
interne Nachwuchsförderung
Work-/Life-BALANCE
Weiterbildungsangebot
BGM
Arbeitgeberleistungen

Das Personalmanagement der AKDB informiert sich kontinuierlich darüber, welche Arbeitgeberleistungen Fachkräfte als besonders attraktiv einschätzen. Auf dieser Basis wird das umfangreiche Angebot an Benefits laufend optimiert. So bietet die AKDB mittlerweile über 40 Arbeitgeberleistungen an, wie

- **arbeitnehmerfreundliche Rahmenbedingungen** (z. B. Vermittlung von Wohnungen am Standort München, Tiefgarage/Parkplätze),
- **finanzielle Anreize** (z. B. Kinderbetreuungszuschuss),
- **umfangreiche Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten**,
- **Angebote zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben** (z. B. flexible Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten und Telearbeit) sowie
- **Angebote des Betrieblichen Gesundheitsmanagements** (z. B. moderne, ergonomische Büroeinrichtung, gesponserte Sportevents, Gesundheitstage und andere Informationsangebote, mobile Massagen etc.).

Attraktives Fortbildungsangebot

Laut Studien ist für Bewerber, unabhängig von der Studienrichtung, das Weiterbildungsangebot eine der attraktivsten Eigenschaften eines Unternehmens. Die AKDB bietet deshalb ein breites Spektrum vielseitiger Fort- und Weiterbildungsangeboten an.

Ein Fokus der AKDB liegt auf der Weiterentwicklung der AKDB-Führungskräfte. Dafür hat man ein Führungskräfteentwicklungsprogramm aufgelegt und Führungszirkel als Plattform eingeführt, um sich zu aktuellen Führungsthemen besser austauschen zu können und ein einheitliches Handeln in Führungsfragen sicherzustellen. Außerdem spielt die interne Nachwuchsförderung eine große Rolle, insbesondere in Form des Talent/Potential Managements (TPM). Das TPM ist ein speziell auf die AKDB zugeschnittenes Förderangebot, um potenzielle Führungskräfte und zukünftige Fachexperten individuell in ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen und auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten.

Motivierte Teams in einem innovativen Arbeitsumfeld

Mit Blick auf die neuen Bewerbergenerationen rücken auch die Art und Weise der Arbeit wie z. B. selbstverantwortliche Teams, eigenständige Arbeitsorganisation, abwechslungsreiche Tätigkeiten und herausfordernde Aufgaben immer mehr in den Mittelpunkt. Um attraktive Aufgabenportfolios anbieten zu können, gestaltet die AKDB Stellenprofile entsprechend. Die Einführung agiler Arbeitsmethoden wie Scrum, Canvas, Design Thinking und Lean Startup, die die AKDB mit großem Nachdruck verfolgt, dient aber auch der Qualitätssicherung der Produkte und Dienstleistungen. In diesem Kontext schuf die AKDB auf einer Fläche von 160 Quadratmetern ein Digital Lab, das alle Anforderungen an innovatives und agiles Arbeiten erfüllt und insbesondere für Lean-Startup-Projektgruppen geeignet ist.



Ein Patentrezept für die Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität gibt es nicht; auch die AKDB optimiert ihre Strategien kontinuierlich. Ein multidimensionaler Ansatz, der die wichtigsten Trends auf dem Arbeitsmarkt in den Fokus nimmt, sowie die Bereitschaft, eigene Annahmen und Konzepte zu hinterfragen und bei Bedarf weiterzuentwickeln, ist aber von essenzieller Bedeutung im Umgang mit dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel. ■

Alle Motive unserer aktuellen Recruiting-Kampagne können Sie auf unserer Karriere-seite sehen: karriere.akdb.de



Maximal sympathisch und nicht ohne Humor – unsere Kampagnenmotive zum Personalrecruiting

Interview mit Benjamin Wallner von der Verwaltungshochschule Hof

„Wir brauchen mehr Digitalisierungsbeauftragte“



Benjamin Wallner ist nicht nur Hauptamtsleiter und Geschäftsleiter der Stadt Lauf a.d.Pegnitz – er ist auch Lehrbeauftragter und Prüfer im Fach Kommunalrecht an der Verwaltungshochschule Hof. Er kennt also die Herausforderungen der Kommunen. Wir haben ihn gefragt, wie sich das Studium in den letzten Jahren verändert hat und wie dies die Anforderungen in den Kommunen widerspiegelt.

Herr Wallner, wie sieht die Personal-situation in Lauf a.d.Pegnitz aus?

WALLNER: Uns fehlen zwar keine Mitarbeiter, aber auch wir spüren die Folgen des Nachwuchsmangels: Wir haben zum Beispiel die Stelle eines Digitalisierungsbeauftragten ausgeschrieben. Das ist ein interessantes Aufgabenfeld, neu und zukunftssträftig, und man hat uns nicht gerade die Bude ingerannt. Früher war das der Fall... Letztendlich haben wir einen sehr qualifizierten Mann gefunden.

Worum kümmert sich ein Digitalisierungsbeauftragter in Ihrer Kommune?

Er stößt neue Projekte bei der Digitalisierung an. Das sind bei uns vor allem die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems, der Ausbau von E-Government-Angeboten und die E-Rechnung. Das sind alles fachbereichsübergreifende Projekte.

Was muss anders werden, damit mehr Nachwuchs generiert wird?

Wir müssen uns vermehrt mit dem Thema Mitarbeiterbindung auseinandersetzen. Wenn es schwierig ist, Nachwuchs zu finden, dann muss man zusehen, dass man die vorhandenen Mitarbeiter weiterentwickelt und bindet – mit Weiterbildung, Schulungen, Incentives wie steuerfreie Sachbezüge etc., denn es gibt keinen besseren Werbeträger für einen Verwaltungsjob als einen glücklichen Mitarbeiter. Da hinkt der öffentliche Dienst oft ein wenig hinterher.

Sind die Studierenden der Verwaltungswissenschaften gut vorbereitet für diese neuen Aufgabenfelder?

Im Großen und Ganzen ja. In Hof zum Beispiel gibt es einen sehr guten Studiengang, der junge Menschen zum Verwal-

tungsinformatiker ausbildet. Aber auch in der Ausbildung zum Verwaltungsbeamten gibt es Neuerungen. Im Vergleich zu meiner Studienzeit wird jetzt an der Verwaltungshochschule großer Wert auf das Thema E-Government gelegt. Der Bürger will schließlich nicht für jeden Antrag ins Bürgerbüro gehen. Er will dies von zu Hause am Computer erledigen. Das hilft auch der Verwaltung, denn so haben kommunale Mitarbeiter mehr Zeit für die Abarbeitung der Anträge. Voraussetzung hierfür ist aber, dass sich die Verwaltung um Prozessmanagement und -optimierung kümmern muss, damit die Prozesse in der Kommune bestmöglich digital abgebildet werden können. Fächer, die das Prozessmanagement lehren, nehmen heute an der Hochschule Hof tatsächlich viel mehr Stunden ein als früher.

Welche anderen neuen Entwicklungen erleben die Hochschulen heute?

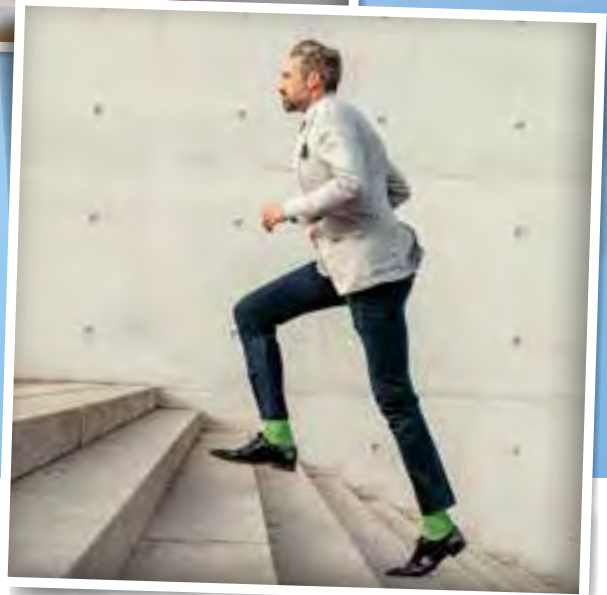
Der ganze Bereich E-Learning wird zunehmend wichtig. Denn auch im Büroalltag werden sich Telearbeit und Videokonferenzen immer mehr durchsetzen. Vor allem aber muss es darum gehen, den Umgang mit dem „Handwerkszeug“ zu vermitteln. Konkret: Das Baurecht zu kennen, ist sicher wichtig für einen Verwaltungsbeamten. Ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, ist, zu wissen: Wo hole ich mir Informationen her? Wie arbeite ich mit dem Gesetz? Das macht den Verwaltungsmitarbeiter künftig immer mehr zum Generalisten, der sich überall gut einarbeiten kann.

Familientreundlich



*Schulungen
Incentives
Weiterbildung*

Wenn es schwierig ist, Nachwuchs zu finden, dann muss man zusehen, dass man die vorhandenen Mitarbeiter weiterentwickelt und bindet.



Sind die Kurse heute praxisorientierter als früher?

Ich versuche, immer Praxisbeispiele einzubauen. Das sind reale Fragen und Probleme, die sich uns in Lauf a. d. Pegnitz jeden Tag stellen. Auch in den Prüfungen stelle ich Praxisfragen. Lehrbeauftragte, die aus Kommunen kommen, lehren immer sehr praxisorientiert.

Welche neuen Inhalte werden in Ihrem Fach zunehmend wichtiger?

Das Vergaberecht verändert sich sehr, damit geht ja auch ein großes Haftungsrisiko für Kommunen einher. Auch das Thema Bürgerbeteiligung wird einen immer größeren Stellenwert einnehmen. Wie nehme ich die Bürger mit? Wie gestalte ich einen Bürgerbeteiligungsprozess? Wie beteilige ich dabei die unterschiedlichen Interessensgruppen? Das ist besonders bei der künftigen Stadtentwicklung wichtig.

Wie sehen Sie den Beamten der Zukunft?

Ganz klar: Der Kommunalbeamte der Zukunft ist kein Problemsucher, sondern ein Lösungsfinder, keiner, der nur auf Probleme oder Verbote hinweist. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Bürger fast untätig ins Rathaus kam. Heute ist der Verwaltungsmitarbeiter ein Dienstleister des Bürgers. Man begegnet sich auf Augenhöhe. Das Rathaus ist heute immer mehr ein Servicecenter. Beamte sind heute viel offener für Veränderungen, als man denkt. Besonders heute, in Zeiten der Digitalisierung. Mit der Digitalisierung wird sich sowieso viel verändern, und es werden viele alte Zöpfe abgeschnitten. Und zwar schneller, als wir denken. Das Onlinezugangsgesetz forciert das. Stellen Sie sich vor: Ich habe als Anwärter bei der Stadt noch mit Durchschlagpapier gearbeitet. Und ich bin nicht mal 40 Jahre alt. Das ist also gar nicht so lange her. ■

„Es gibt keinen besseren Werbeträger für einen Verwaltungsjob als einen glücklichen Mitarbeiter.“



Marktrodach beschließt das Outsourcing der Personalarbeit

Wenn die Personalabteilung plötzlich kündigt...

In einer kleinen Verwaltung sind die Personalressourcen eng bemessen. Schon eine Krankmeldung kann Schwierigkeiten nach sich ziehen. Nicht auszumalen, wenn jemand sogar kündigt. Als dies in Marktrodach passierte, wandte sich die Geschäftsleitung hilfeschend an die AKDB. Seitdem wird das Personalwesen an das Servicecenter Personalwirtschaft ausgelagert.

Stellen Sie sich vor, Sie arbeiten als Geschäftsleiterin in einer kleinen 3.800-Seelen-Gemeinde mit nur fünf Vollzeitbeschäftigten und einer Teilzeitkraft im Rathaus. Und jetzt stellen Sie sich vor, Ihre Personalverantwortliche kündigt von heute auf morgen. Fristlos. Wer zahlt die Gehälter jetzt aus? Genau das widerfuhr Katja Wich im Oktober 2019. „Ich befand mich gerade mit unserem Bürgermeister und unserem Kämmerer auf der Kommune in Nürnberg“, erinnert sich die Geschäfts- und Bauamtsleiterin der Gemeinde Marktrodach in Oberfranken. „Plötzlich bekomme ich eine SMS von meiner Mitarbeiterin: Unsere Personalverantwortliche hatte fristlos gekündigt und bat um sofortige Freistellung. Aus persönlichen Gründen. Der Schreck war groß, wie Sie sich vorstellen können.“ Die 39-jährige, die vor drei Jahren in die Geschäftsleitung berufen wurde, lässt sich nicht entmutigen. „Mir war klar: Wir brauchen eine sofortige Übergangslösung.“ Die kleine Delegation aus Marktrodach steuerte noch direkt auf der Messe den AKDB-Stand an. „Da hat man uns erst mal emotional aufgefangen. Und dann eine Lösung erarbeitet.“

Eine schnelle Lösung im Personalwesen

Innerhalb von nur drei Tagen wurde der Gemeinde ein Sachbearbeiter des Servicecenters Personalwirtschaft (SC PERS) zur Seite gestellt. „Der SC-PERS-Mitarbeiter hat sich per Fernwartung auf unser Personal-Fachverfahren OK.PWS eingeloggt und sämtliche Personaldaten aktualisiert: neue Mitarbeiter angelegt, Personalstammdaten neu eingegeben, Bankverbindungsdaten, Hinweise auf Bausparverträge und so weiter“, so Katja Wich. Obwohl in der Verwaltung etwas mehr als eine Handvoll Mitarbeiter angestellt sind, arbeiten insgesamt 55 Menschen in der Gemeinde, denn es gibt noch den Bauhof, die Kläranlage, das Freibad, einen Kindergarten – übrigens der einzige im Landkreis Kronach –, eine Sport- und Turnhalle, eine Grundschule mit Mittagsbetreuung. Zu den Beschäftigten zählen Pädagogikpersonal, Rettungsschwimmer, Reinigungskräfte, technische Angestellte. „Bei uns sind, wie in jeder Gemeinde, unterschiedliche Beschäftigungsarten vertreten“, erklärt die Geschäftsleiterin. „Vom Minijobber auf 450-Euro-Basis für das Zeitungsaustragen über die Teilzeitkraft bis ▶

„Ich bin nicht nur mit dem Ergebnis zufrieden, sondern auch mit der Hilfsbereitschaft und dem Service.“

Katja Wich,
Geschäfts- und Bauamtsleiterin



hin zum klassischen Angestellten im TVöD-Verhältnis. Das macht die Gehaltsabrechnung sehr komplex. Dann gibt es jeden Monat Veränderungen beim Entgelt. Etwa bei Zeitzuschlägen: Wenn ein Angestellter im Bauhof bei starkem Schneefall den Nachtdienst übernimmt oder jemand in der Kläranlage Bereitschaftsdienst hat, dann muss das alles mit Zeitzuschlägen honoriert werden.“

Mehr Rechtssicherheit und Zeitersparnis

Die Zusammenarbeit mit dem Servicecenter Personalwirtschaft funktionierte dermaßen reibungslos, dass am 1. Januar 2020 der Entschluss fiel, sämtliche Personaldaten von Marktrodach auf den AKDB-Server zu übertragen. Seitdem braucht Katja Wich lediglich Veränderungen bei Personalstammdaten oder Zeitzuschlägen bzw. Krankmeldungen ans SC PERS durchzugeben – selbstverständlich per gesicherter Ende-zu-Ende-Verschlüsselung über TARweb.

Und am Ende des Monats bekommt sie per Post die fertigen Entgeltbescheinigungen. „Das bedeutet für mich nicht nur eine enorme zeitliche Entlastung“, so Katja Wich, „sondern auch absolute Rechtssicherheit. Schließlich sind das Arbeits- und das Sozialversicherungsrecht sehr komplex und werden ständig angepasst. Regelmäßig gibt es Änderungen beim TVöD. Als Arbeitgeber muss man permanent auf dem Laufenden sein und sich bestens auskennen.“

Wir sind keine eierlegende Wollmilchsau

Katja Wich hat an der Bayerischen Verwaltungsschule studiert, ist Verwaltungsfachwirtin und hat dann die Fortbildung für den gehobenen Dienst absolviert. Sie sieht sich als Generalistin. Und verzeichnet heute einen Trend zum Outsourcen von Verwaltungsdiensten. Der Grund: neben Personalmangel das immer größere Spezialwissen, das erforderlich ist. „Besonders in einer kleinen Kommune hat ein und dieselbe Person oft mehrere Bereiche in ihrer Verantwortung: Man ist zum Beispiel gleichzeitig Rechtsfachmann und IT-Verantwortlicher. Aber diese Aufgabenbereiche erfordern ein immer größeres Spezialwissen. Das kann man gar nicht alles leisten. Außerdem“, moniert sie, „hat der öffentliche Dienst es in den vergangenen Jahrzehnten versäumt, Fachpersonal angemessen auszubilden. Das rächt sich jetzt.“ Umso glücklicher ist sie, dass sie ganze Bereiche an die AKDB auslagern kann. „Ich bin nicht nur mit dem Ergebnis zufrieden, sondern auch mit der Hilfsbereitschaft und dem Service. Der ist schnell, kompetent und immer freundlich.“

Eine neue Generation wächst heran

Aber sie sieht zuversichtlich in die Zukunft. „Wir haben 2016 bis 2017 einen Generationenwechsel in der Gemeinde vollzogen. Mit mir ist auch ein neuer Leiter der Finanzabteilung gekommen, das Steueramt ist neu besetzt, auch der Standesbeamte ist neu. Und wir sind alle relativ jung. Wir haben viel Gestaltungswillen und wollen unsere Gemeinde modernisieren. Zum Glück unterstützt uns unser Bürgermeister darin sehr.“ Leistungsbezogen und ehrgeizig, so sieht sich Katja Wich. Das war sie schon immer. Auch als junges Mädchen. Da hat sie Leistungssport getrieben, war S-Klasse-Tänzerin im Bereich Lateinamerikanische Tänze und national sowie international unterwegs. Dass sie jetzt für die Verwaltung in ihrem Heimatort arbeitet, sieht sie keineswegs als Widerspruch. „Wissen Sie, ich bin überzeugt: Die Verwaltung wird sich der Privatwirtschaft anpassen: Der Bürger ist der Kunde. Und Kunden brauchen einen guten Service. Die neue Generation in der Verwaltung ist auf der Seite des Bürgers, sieht sich als Dienstleister, Berater und Lösungsanbieter. Nicht als Mahner oder Aussprecher von Verboten von oben herab.“ Da geht die Reise hin. Und Katja Wich nimmt es als sportliche Herausforderung, den Weg zu meistern. Dass sie das kann, hat sie ja schließlich von Kindesbeinen an bewiesen. ■



Das Rathaus in Marktrodach
Foto: Kronach Fotos



AKDB organisiert OZG-Kundenarbeitskreis

Am 20. Februar hat das Geschäftsfeld E-Government einen Kundenarbeitskreis veranstaltet. Das Thema: das Onlinezugangsgesetz und dessen Umsetzung. Zusammen mit ausgewählten Teilnehmern aus insgesamt 15 Kommunen wurden Anforderungen und Priorisierung künftiger OZG-Dienste erarbeitet.

32 Vertreter von Landratsämtern, kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten kamen im Februar in Ingolstadt zusammen und diskutierten über eine Liste mit möglichen OZG-Diensten. Neben den Veranstaltern waren unterstützend Mitarbeiter aus anderen Geschäftsfeldern und ein LivingData-Mitarbeiter vor Ort. Die Teilnehmer hatten bereits im Vorfeld eine thematisch aufbereitete Liste mit über 300 möglichen OZG-Leistungen erhalten. Die Aufgabe: Sie sollten die für sie relevanten Prozesse markieren. Das Ergebnis diente als Arbeitsgrundlage für den Arbeitskreis.

Den Vormittag des OZG-Kundenarbeitskreises gestaltete die AKDB mit einem Überblick zum OZG und einer eigens dafür beauftragten Studie. Auch die LivingData brachte sich mit einer Vorstellung der neuen Formularlösung ein, die sie gemeinsam mit der AKDB aktuell umsetzt. Am Nachmittag wurde die Auflistung potenzieller OZG-Dienste diskutiert: In zwei getrennten Workshops priorisierte man die jeweiligen

Online-Prozesse und diskutierte die wichtigsten Anforderungen. Dazu gehören das Mindest-Authentifizierungslevel, die E-Payment-Anbindung und das Ausgabeformat. Vertreter der Landratsämter stufen insbesondere Online-Prozesse aus dem Themenbereich „Ein- und Auswanderung“ mit der Priorität „hoch“ ein. Dazu gehören zum Beispiel die Erteilung der Arbeitsgenehmigung oder die Ausstellung der Aufenthaltskarte für Familienangehörige von Unionsbürgern. Die kreisangehörigen Gemeinden dagegen priorisierten Prozesse aus vielen unterschiedlichen Themenbereichen: darunter die Ausstellung von Sterbe- und Geburtsurkunden, die Zusendung von Brief-

wahlunterlagen und Schadensbeseitigung an öffentlichen Einrichtungen.

In der abschließenden Feedback- und Frageunde kristallisierte sich schnell eine Tendenz heraus: Insbesondere die neue Formularlösung stößt seitens der Kunden auf großen Anklang. Die unkomplizierte, schnelle Art, einfache Prozesse abzubilden, erfüllt die Anforderungen der Ämter und Behörden am besten. Die wertvolle Liste mit priorisierten und kommentierten OZG-Diensten wird die AKDB als Vorlage und Leitlinie für die künftige OZG-Umsetzung benutzen. Eines ist klar: Der Kundenarbeitskreis soll keine einmalige Veranstaltung bleiben. ■



Motivierte und engagierte Teilnehmer tauschen sich in Workshopatmosphäre aus.

Kommunen erzählen vom Förderprogramm „Digitales Rathaus“

„Besonders die jüngeren Bürger warten auf digitale Dienste“

Seit dem 1. Oktober 2019 läuft in Bayern das Förderprogramm „Digitales Rathaus“. Jetzt haben die ersten Kommunen die Bewilligung von Fördergeldern von jeweils bis zu 20.000 Euro erhalten. Doch wie hat der Bewilligungsprozess überhaupt funktioniert und welche Vorteile erhoffen sich die Gemeinden von den Online-Diensten? Wir haben mit zwei Kommunalentscheidern gesprochen.



Viele bayerische Kommunen entscheiden sich für das förderfähige Onlinedienste-Paket der AKDB.

„Für eine kleine Kommune ist die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes erst einmal eine weitere neue Herausforderung“, so Peter Lex, Geschäftsleiter der Gemeinde Grabenstätt. Denn in 2020 sind noch weitere dicke Bretter zu bohren: Die soeben durchgeführte Kommunalwahl, die Einführung der E-Akte, die Umstellung des Finanzwesens auf die Neuregelung in § 2b Umsatzsteuergesetz sowie ein hieb- und stichfestes Informationssicherheitskonzept sind nur einige davon. Und all das begleitet von chronischem Personalmangel. Trotzdem beschloss die kleine 4.400-Seelen-Gemeinde im Landkreis Traunstein den Stier bei den Hörnern zu packen und ihren Bürgern ein Bürgerservice-Portal für Online-Dienste anzubieten: „Wenn man den ersten Schritt geht, merkt man, dass man schnell in dem Thema drin ist“, meint Peter Lex. Der finanzielle Anreiz durch das Förderprogramm des Freistaats beschleunigte den Entschluss. Am 3. Dezember wurde der Antrag gestellt und am 18. Dezember vom Freistaat bewilligt. „Von den 13.800 Euro zuwendungsfähiger Ausgaben werden circa 11.000 Euro vom Freistaat gedeckt“, so Lex. „Das deckt 80 Prozent unserer Kosten.“

Bürgern lange Wartezeiten ersparen

So kurz vor der Kommunalwahl war der Geschäftsleiter von Grabenstätt besonders an dem Online-Dienst „Online-Briefwahl-antrag“ interessiert. „Aber wir erwarten auch eine große Nutzung von sämtlichen Diensten, die mit dem Melde- und Standesamtswesen zu tun haben: zum Beispiel Geburts- und Sterbeurkunden sowie Meldebescheinigungen beantragen oder Wohnungsgeberbestätigungen einreichen. Unser Wunsch ist es, Bürgerinnen und Bürgern lange Wege und Wartezeiten zu ersparen.“ Noch verspürt er nicht den Druck der Bevölkerung. „Aber Sie wissen ja, wie es ist: Solange man die Online-Dienste nicht anbietet, denkt man, niemand braucht sie. Sobald man aber das Bürgerservice-Portal mit den Diensten und der Online-Bezahlungsmöglichkeit hat, möchte man es wahrscheinlich nicht mehr missen. Die jüngeren Bürger jedenfalls warten regelrecht darauf.“

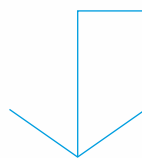


Wir wollen proaktiv sein und uns für die Zukunft aufstellen

Während die Gemeinde Grabenstätt ihren Bürgern mit dem Förderprogramm zum ersten Mal Online-Dienste anbietet, gibt es in Bischofswiesen schon seit Jahren das Bürgerservice-Portal. „Allerdings haben wir bisher nur einige ‚einfache‘ Dienste im Angebot“, sagt Robert Mayr, Kämmerer und EDV-Beauftragter in der oberbayerischen Gemeinde, die 7.500 Einwohner zählt. Das sollte sich jetzt ändern. Dass sich Bischofswiesen so schnell für die Beantragung von Fördergeldern entschloss, hat mit der Strategie des Freistaats zu tun. „Bayern will Vorreiter sein bei der Umsetzung des OZG. Deswegen ist es besser, jetzt sofort anzufangen. Warum sollten wir etwas aufschieben, das auf jeden Fall irgendwann auf uns zukommt?“, erklärt Mayr die Entscheidung. Auch wenn die Bürger noch keine konkreten Forderungen an ihre Kommunalverwaltung gestellt haben, weiß er, dass die Zukunft digital ist. Insgesamt 23 Online-Dienste stellt das Rathaus jetzt seit dem Förderprogramm seinen Bürgern zur Verfügung. Und auch sonst ist man gut aufgestellt in puncto Digitalisierung. Letztes Jahr wurde die digitale Akte eingeführt, und auch die Personalarbeit wird sukzessive digitalisiert.

Doch welche Online-Dienste sind für welche Kommune wichtig? Welche sind förderfähig? Wie viel soll man investieren? Hilfe bei all diesen strategischen Entscheidungen haben sich Grabenstätt und Bischofswiesen bei der AKDB und deren Vertriebsberatern geholt. Für jede Kommune in Bayern hat die AKDB ein förderfähiges Online-Dienste-Bundle geschnürt, das genau auf die Bedürfnisse der jeweiligen Kommune zugeschnitten ist. Ohne diese detaillierte Beratung hätte Peter Lex seinen Förderantrag nicht so schnell gestellt. Einen Rat hat er deswegen an alle Kollegen aus anderen Kommunen:

„Lasst euch beraten ... Ich glaube, ohne das persönliche Gespräch mit dem Vertriebsberater der AKDB hätten wir den Schritt nicht so schnell gewagt. Allerdings“, fügt er hinzu, „rate ich allen Kollegen aus anderen Kommunen, eine Person zu identifizieren, die das Projekt Digitalisierung intern vorantreibt und auf Dauer begleitet.“ Ähnlich äußert sich Robert Mayr aus Bischofswiesen und er setzt hinzu: „Verweigert euch nicht dem Thema Digitalisierung! Wir sind Dienstleister unserer Bürger. Wir müssen deshalb mit der Zeit gehen und für alle Neuerungen ein offenes Ohr haben.“ ■



Jetzt mit dem OZG starten! Die AKDB macht's Ihnen einfach!

Weitere Informationen zum OZG und zum Förderangebot des Freistaats Bayern unter

www.akdb.de/ozg



Zukunftskongress Bayern: alles rund ums Onlinezugangsgesetz

Enger Schulterschluss mit Kommunen ein Muss

Auf dem 6. Zukunftskongress Bayern am 13. Februar ging es um die Frage: Wie weit ist Bayern bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes? Die AKDB präsentierte in den Fachforen unter anderem das Organisationskonto und den E-Rechnungs-Workflow. Und sprach sich dafür aus, Kommunen schon früh in den Entwicklungsprozess von Softwarelösungen einzubinden.

„Wir müssen immer bürger- und serviceorientierter agieren“, sagte die Bayerische Staatsministerin für Digitales Judith Gerlach in ihrer Keynote bei der Eröffnung des 6. Zukunftskongresses Bayern. Über 400

Entscheider aus Kommunen, Politik und Wirtschaft nahmen an der Veranstaltung im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München teil. „Nur wenn wir den Bürger als Kunden und nicht als Bittsteller betrachten, kann E-Government funktionieren.“ Das sei nicht nur eine Frage der Haltung, sondern auch der Instrumente. Die Digitalisierung der Verwaltung sei folglich nicht mit Online-Formularen erledigt, sondern brauche medienbruchfreie Prozesse – und zwar Ende-zu-Ende, bis ins Fachverfahren hinein. Das bayerische Staatskabinett habe dazu einen 12-Punkte-Plan erarbeitet, der in der Kabinettsitzung vom 11. Februar vorgestellt wurde. Dabei geht es um das

„Wir müssen immer bürger- und serviceorientierter agieren.“

Judith Gerlach,
Bayerische Staatsministerin
für Digitales



13. Februar 2020, München
6. Zukunftskongress Bayern
 Digitale Verwaltung 2020: ANFANG – UMBREICH – DURCHBRUCH

Aus der Praxis heraus Lösungen entwickeln

Es gibt viele Faktoren, um aus dem Projekt Verwaltungsdigitalisierung einen Erfolg zu machen. Einige davon stellte AKDB-Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner in der Podiumsdiskussion heraus: Man müsse sehr praxisbezogen denken und Lösungen schon früh im engen Schulterschluss mit Kommunen erarbeiten. Gleichzeitig unterstrich sie, dass schon sehr viel getan worden sei und die gelegentlichen Klagen, dass alles viel zu langsam vorangehe, unberechtigt seien. Über 80 Online-Dienste, ein Nutzerkonto, Postfach und Online-Bezahlungsmöglichkeiten für den Bürger: All das existiere bereits. Und dafür brauche der Bürger für den ohnehin seltenen Fall der notwendigen Authentifizierung über die eID-Funktion des nPA kein Lesegerät mehr: Die AusweisApp mache das möglich. All dies müsse nur besser und intensiver dem Bürger kommuniziert werden.

Alles bereit für die E-Rechnung

Auch die E-Rechnung war neben der IT-Sicherheit und dem Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Verwaltung eines der zentralen Themen auf dem Zukunftskongress.

Ab 18. April 2020 sind Kommunen dazu verpflichtet, E-Rechnungen zu empfangen und zu bearbeiten. Doch kaum ein AKDB-Kunde, so Holger Gehring, stellvertretender Leiter Geschäftsfeld Finanzwesen, nutze den deutschlandweiten Standard XRechnung. Intensiver sei dagegen die Nutzung des hybriden ZUGFeRD-Formats. Damit Kommunen weiterhin problemlos alle Formate bearbeiten können, bietet die AKDB ihr Modul eREB. Damit können alle Bildformate, auch PDFs, problemlos entgegengenommen und in den elektronischen Workflow eingespeist werden. Bis hin zu Anordnungen mit elektronischer Signatur. Das Fazit des Zukunftskongresses zog Gudrun Aschenbrenner: Kundenzentrierung, gute Software, Standards und vor allem der Dialog mit den Kommunen sind Voraussetzung für eine schnelle und erfolgreiche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Im Freistaat und in Deutschland. ■



Vorantreiben eines Unternehmenskontos auf Basis von ELSTER als weitere Zugangsmöglichkeit für Unternehmen. „Die Wirtschaft wartet sehnsüchtig darauf!“, so Gerlach. Aber es geht auch um mobilfähiges E-Government. Noch einmal bekräftigte Gerlach Bayerns ehrgeiziges Ziel, bis Ende 2020 mit einer BayernApp an den Start zu gehen und einige der top 54 Online-Dienste zur Verfügung zu stellen. Etwa Online-Bauanträge, Elterngeld- oder Wohngeldanträge. Ihr Motto: Bayern macht's einfach!

Kommunen müssten dabei gefordert und gefördert werden. Eine positive Zwischenbilanz zog die Digitalministerin in Bezug auf das Förderprogramm „Digitales Rathaus“. Seit Beginn des Förderprogramms für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes seien bereits über 200 Anträge von bayerischen Kommunen eingegangen.



Podiumsdiskussion mit Gudrun Aschenbrenner (AKDB, rechtes Bild, Mitte). Staatsministerin Judith Gerlach (kl. Bild).





Das Organisationskonto jetzt mit Schnittstelle zu beliebigen Online-Diensten

Mehr Zeit für Business

Ab sofort kann das bayerische Organisationskonto um weitere Online-Verwaltungsleistungen erweitert werden. Konkret bedeutet das für Wirtschaft, Behörden und andere Organisationen: Alle online angebotenen Verwaltungsleistungen können mit der kostenfreien BayernID um eine einfache und hochsichere Authentifizierungsmöglichkeit erweitert werden. Die dafür neu geschaffene Schnittstelle steht nicht nur Unternehmen, sondern auch anderen Einrichtungen und Organisationen zur Verfügung, so dass zukünftig von Organisationskonto anstelle von Unternehmenskonto gesprochen wird.

Die Online-Abwicklung von Verwaltungsleistungen hat für Bürger viele Vorteile: Lästige Behördengänge sind passé; stattdessen können schnell, digital und unkompliziert mit ein paar Klicks Anträge gestellt oder Urkunden beantragt werden. Hiervon haben natürliche Personen in Bayern schon millionenfach profitiert. Aber auch juristische Personen, also Unternehmen, Vereine, Stiftungen oder andere Einrichtungen, können mit Hilfe des Organisationskontos und digitaler Verwaltungsleistungen in Zukunft viel Zeit, Aufwand und Kosten einsparen.

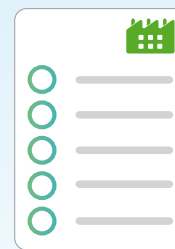
Ein Organisationskonto für Unternehmen war erstmals 2015 im Bürgerservice-Portal für die Online-Dienste der AKDB eingeführt worden. Aktuell ist das Organisationskonto bereits bei rund 150 Kommunen

produktiv – beispielsweise kann es für die Wohnungsgeberbestätigung, Kfz-Zulassungsvorgänge oder ähnliche unternehmensrelevante Vorgänge eingesetzt werden. Über eine neue Schnittstelle können nun auch Online-Anwendungen beliebiger Anbieter reibungslos eingebunden werden. Das versetzt Kommunen in die Lage, zusätzliche unternehmensrelevante Online-Dienste anzubieten. Das Organisationskonto wird Kommunen – wie auch die weiteren Basisdienste – vom Freistaat Bayern kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die BayernID als Authentifizierungskomponente kann damit sowohl von natürlichen Personen als auch im unternehmerischen Umfeld umfassend genutzt werden. So werden über die neue Schnittstelle des Organisationskontos genau die benötigten Identitätsdaten an die jeweilige Online-Anwendung übermittelt.

- 1) Ein Mitarbeiter eines Gewerbebetriebes richtet ein Organisationskonto ein.



- 2) Relevante Daten wie Firma, Rechtsform, Registernummer usw. werden einmalig im Konto hinterlegt.



3)

Seine eigene Identität weist er mit der eID-Funktion seines Personalausweises nach.



Optional: Weitere Mitarbeiter können als Nutzer hinterlegt werden.

- 4) Das Organisationskonto steht zur Nutzung bereit.

Funktionsweise des Organisationskontos

Die Nutzung des Organisationskontos ist einfach und unternehmensfreundlich: Ein vertretungsberechtigter Mitarbeiter eines Gewerbebetriebes etwa richtet ein Organisationskonto ein **1)**, indem er relevante Daten wie Firma, Rechtsform, Registernummer usw. einmalig im Konto hinterlegt **2)**. Seine eigene Identität weist er mit der eID-Funktion seines Personalausweises nach. Ein gesondertes Lesegerät ist dabei nicht notwendig, nachdem mit der kostenfreien AusweisApp2 nahezu jedes moderne Smartphone zu einem Lesegerät für den neuen Personalausweis gemacht werden kann **3)**. Im letzten Schritt fügt der Mitarbeiter die Nutzer hinzu, die zukünftig für den Gewerbebetrieb Online-Verfahren nutzen sollen. Diese weiteren Mitarbeiter können ab sofort nach Anmeldung mit Benutzernamen und einem Passwort die benötigten Online-Verfahren nutzen. Die im Organisationskonto hinterlegten Daten des Gewerbebetriebes werden automatisch in die jeweiligen Anträge übernommen **4)**.

Gerade bei häufiger wiederkehrenden Anträgen, etwa Registerauszügen oder Kfz-Zulassungsvorgängen in größeren Unternehmen, können viel Zeit und Aufwand eingespart werden. Bestes Beispiel dafür ist ein Pilotprojekt mit der Audi AG, der Stadt Ingolstadt und dem BMVI: Durch einen digitalen Massenprozess setzen Audi und die Stadt Ingolstadt medienbruchfrei über 25.000 Kraftfahrzeuge im Jahr außer Betrieb.

Zukünftiger Ausbau

Die nächsten Stufen beim Ausbau des Organisationskontos sind bereits angekündigt:

Die BayernID verfügt mit der eID-Funktion des neuen Personalausweises über eine hochsichere Identifizierungsfunktion. Unter dem Namen BayernID plus wird eine Erweiterung um eine digitale Ausweis- und Unterschriftsfunktion hinzukommen. Dem Wunsch der Wirtschaft nach einem bundesweiten Unternehmenskonto folgend, wird in den nächsten Jahren zudem ELSTER als weitere Zugangsmöglichkeit für Unternehmen angeboten. ELSTER zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass es im Umfeld der Unternehmensbesteuerung bereits weit verbreitet ist. Mit dem Beschluss des IT-Planungsrates von Anfang Februar sind die Bundesländer Bayern und Bremen beauftragt, die entsprechenden Arbeiten durchführen zu lassen. ■

Kommunen, die Interesse an einer Anbindung des Organisationskontos an eigene Anwendungen haben, erhalten unter BayernID@akdb.de weitere Details und Dokumente zu Tests und Implementierung.

Erweiterung der Online-Dienste im Bürgerservice-Portal

Schnell, unkompliziert und OZG-konform: Jetzt kommen die Formulare

Seit dem Beschluss des Onlinezugangsgesetzes (OZG) steht auch die AKDB vor der Frage: Wie können möglichst schnell neue OZG-konforme Online-Dienste entwickelt und angeboten werden? Gemeinsam mit ihrem Tochterunternehmen LivingData präsentiert sie nun die Antwort: mit Formulardiensten. Diese werden bereits Ende des ersten Quartals 2020 im Bürgerservice-Portal zur Verfügung stehen. Weiterer Pluspunkt für alle bayerischen Kommunen: Die Formulare sind förderfähig.

Bislang bestanden die Online-Dienste des Bürgerservice-Portals der AKDB aus den sogenannten Fachdiensten. Der Bürger beantragt und versendet seinen Antrag online, der daraufhin beim richtigen Sachbearbeiter zur Weiterverarbeitung im Fachverfahren digital eingeht. Sogar ein synchroner Datenaustausch oder automatisierte Verwaltungsakte sind so möglich. Doch viele Verwaltungsdienste, die der Nutzer im Alltag in Anspruch nimmt, sind in ihren Abläufen so simpel, dass es solch einer komplexen technischen Lösung gar nicht bedarf. Es handelt sich etwa um klassische Anträge wie eine Versammlungsanmeldung oder die Bestellung eines Abfallbehälters. In diesem Fall ist Schnelligkeit Trumpf: Online-Dienste sollten umgehend geschaffen werden, sobald sich ein entsprechender Bedarf abzeichnet.

komXformularcenter: Online-Formulardienste im Bürgerservice-Portal

Wie können diese einfachen Prozesse, deren Online-Bereitstellung den Alltag von Verwaltung und Nutzern immens erleichtern würde, möglichst unkompliziert und schnell als digitaler Vorgang bereitgestellt werden? Die Lösung der AKDB: Formulare! Deshalb erweitert die AKDB noch dieses Quartal ihr Portfolio an Online-Diensten im Bürgerservice-Portal um die Formularleistung *komXformularcenter*. Diese erlaubt es, ohne Fachverfahrensanbindung gezielt einfache Verwaltungsleistungen bereitzustellen. Die gekapselte Lösung basiert auf bereits etablierten Software-Komponenten

der LivingData (komXcms, komXflow sowie komXwork) und wurde genau an die Anforderungen seitens AKDB, OZG und Förderprogramm „Digitales Rathaus“ angepasst. So sind beispielsweise BayernID und E-Payment-Funktion in die standardisierten Formulare eingebunden.

Zum Start der Formularlösung wird die AKDB ein Paket anbieten, das aktuell 20 Formulare sowie die Einrichtung und den Betrieb aller benötigten Komponenten beinhaltet. In den darauffolgenden Quartalen werden weitere Formulare bereitgestellt werden, sodass sich sukzessive ein umfangreiches Portfolio an Formularen entwickelt, aus dem die Kommune nach individuellem Bedarf wählen kann.

Enge Zusammenarbeit mit Kommunen

Doch welche Formulare werden am häufigsten genutzt und sollten folglich als erste digital angeboten werden? Um hier nicht am Bedarf der Kommunen vorbeizuarbeiten, hat die AKDB genau hingehört: Das Geschäftsfeld E-Government richtete im Februar in Ingolstadt einen OZG-Kundenarbeitskreis ein (siehe Seite 17). In kleinen Workshops wurde hier im engen Austausch mit kommunalen Vertretern eine Priorisierung herausgearbeitet, welche Online-Formulare in der nächsten Zeit in welcher Form und mit welchen Anforderungen umgesetzt werden sollten. Selbstverständlich wird parallel auch die Entwicklung neuer Fachdienste in der neuen Generation M des Bürgerservice-Portals weiter vorangetrieben. ■



—DIE—
**ERSTEN
20
FORMULARE**

1. Anmeldung eines Hundes zur Hundesteuer
2. Abmeldung eines Hundes
3. Beantragung eines Fischereischeins
4. Beantragung eines Reitkennzeichens
5. Beantragung einer Baumfällung
6. Anzeige einer gemeinnützigen oder gewerblichen Sammlung
7. Anmeldung zur Bürgersprechstunde
8. Anmeldung einer Versammlung
9. Bestellung einer Sperrmüll-Abholung
10. Anmeldung der Eheschließung
11. Beantragung einer Gaststätten-erlaubnis
12. Beantragung einer Sondernutzungserlaubnis für öffentliche Straßen
13. Beantragung einer Gehweg-überfahrt
14. Beantragung eines vorübergehenden Haltverbots (Parkplatzabspernung)
15. Beantragung einer Ausnahme-genehmigung vom Lkw-Fahrverbot an Sonn- und Feiertagen
16. An-, Um-, Abmeldung von Abfallbehältern
17. Beantragung der Ausstellung/ Verlängerung eines Jagdscheins
18. Anmeldung eines Traditions- oder Brauchtumsfeuers
19. Beantragung einer Parkerleichterung für Schwerbehinderte
20. Beantragung der Haltung von gefährlichen Tieren

Umstellung auf OK.JUS im Jugendamt Tirschenreuth

OK.JUS

Die Software, die mitwächst

Auf den Tag genau 25 Jahre lang nutzte das Jugendamt Tirschenreuth in der Oberpfalz die Jugendamts-Software OK.JUG. Doch für den Leiter Emil Slany stand fest: Um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, musste er wechseln. Auf eine Software, die mit den Aufgaben mitwächst. Die Wahl fiel auf OK.JUS.



Eigentlich war der Wechsel zu OK.JUS eine logische, selbstverständliche Entscheidung“, erklärt Emil Slany, der seit 2016 Jugendamtsleiter in Tirschenreuth ist. Kein Konkurrenzkampf, kein Herzklopfen. Eher ein gleitender Generationenwechsel. „Wir waren mit der Vorgänger-Software OK.JUG zufrieden. Sie war lange Zeit das, was man in der Business-Sprache ‚state of the art‘ nennt – der letzte Stand der Technik“, so Slany. „Aber sie stieß allmählich an ihre Grenzen. Besonders bei der Dokumentation und Prozessbeschreibung unserer pädagogischen Arbeit.“ Denn die wird, wie in vielen anderen Jugendämtern in Deutschland, zunehmend komplexer. „Die Anzahl der Fälle hat sich in Tirschenreuth im Vergleich zur Vergangenheit nicht grundlegend verändert. Eher die Qualität. Die Fälle sind komplexer, erfordern großes Spezialwissen, es geht leider öfter um sexuellen Missbrauch, um seelische und körperliche Belastungen.“ Und dann sei da der Anstieg von unbegleiteten minderjäh-

rigen Asylsuchenden seit 2015. Besonders die Bereiche der Kindertagesbetreuung, der kommunalen Jugendarbeit und des Jugendschutzes binden sehr viele Ressourcen.

Im Jugendamt arbeiten gerade mal 36 Mitarbeiter, bei 75.000 Einwohnern des Landkreises. „Unsere Sachbearbeiter“, so Slany, „müssen sich mehr als früher auf einzelne Bereiche spezialisieren. Und wir mussten unsere Prozesse straffen und neu überdenken.“ So wurden die Aktivitäten des Jugendamts vor kurzem in drei Fachbereiche mit je einer Fachbereichsleitung zusammengefasst: die Sozialen Dienste, in denen es um Pflegekinder, Jugendhilfe im Strafverfahren und allgemeine Sozialdienste geht, dann die Verwaltung, die sich um wirtschaftliche Jugendhilfe, Vormundschaften, Beistandschaften und Unterhaltsvorschlüsse kümmert, und schließlich die „speziellen sozialen Dienste“. Darunter fallen der Jugendschutz, die Tagespflege und die kommunale Jugendarbeit.

Standardisierte Prozesse definieren und abbilden

Dem Jugendamtsleiter wurde klar: „Die Vorgänger-Software hat das alles nicht mehr abgebildet. Besonders zwischen dem Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe gab es viel Reibungsverlust.“ Jeder Sachbearbeiter hat die Prozesse individuell definiert und die Fälle unterschiedlich bearbeitet. Es gab keine Standards, die von der Software vorgegeben wurden und an denen man sich orientieren konnte. Die Konsequenz: „Es war nicht immer klar, wie die Leistungspakete zustande kamen. Man musste oft nachhaken, Unterlagen sichten.“ Die Zeit war reif für einen Software-Generationenwechsel. Im August 2018 fiel der Entschluss, OK.JUS aus dem Rechenzentrum zu beziehen. Das neue SYNERGO®-Verfahren hat den Vorteil, dass es nach einem flexiblen Baukasten-Prinzip aufgebaut ist. Das heißt nicht nur, dass jedes Jugendamt die individuellen Abläufe in der Software abbilden kann, sondern auch, dass die Software innerhalb ein und desselben Jugendamts beliebig erweiterbar und anpassbar ist.

OK.JUG geht in Rente

„Als Erstes haben wir uns den Allgemeinen Sozialen Dienst vorgenommen. Denn da bestand der größte Handlungsbedarf“, so Projektleiterin Elke Riedl. „Dann die Wirtschaftliche Jugendhilfe. Wir haben Kleingruppen ▶

von je vier Mitarbeitern gebildet. Die haben die Kernprozesse erarbeitet. Anhand von einzelnen Aktivitäten und Teilprozessen. Der positive Nebeneffekt: Wir haben auf diese Weise Abläufe hinterfragt und neu strukturiert.“ Insgesamt dauerte die Umstellung sieben Monate. „Die meiste Arbeit“, so Riedl, „hat die Anpassung der Kernprozesse im Allgemeinen Sozialen Dienst gemacht.“ Im August und September 2018 wurden die Admins geschult, von Oktober bis Dezember die Kernprozesse definiert, im Januar die Daten aus OK.JUG in OK.JUS übernommen, von Februar bis März 2019 hat die AKDB die Mitarbeiter des Jugendamts geschult – und zwar je zwei Tage pro Gruppe. Und am 1. April 2019, auf den Tag genau nach 25 Jahren, schickte OK.JUS das Vorgängermodell OK.JUG in Rente und ging in den Echtbetrieb. „Altfälle wurden nicht migriert, nur aktuelle“, meint Elke Riedl. „Das Praktische: So haben wir auch gleich ein wenig aufgeräumt.“ Eine Ablage der Fälle in einer E-Akte ist noch nicht möglich. „Das wird unser nächstes Projekt sein: die Einführung der E-Akte mit komXwork. Aber erst Ende 2020 oder Anfang 2021. Als Nächstes wollen wir nämlich die Bereiche Unterhaltsvorschuss und Amtsvormundschaft umstellen. Das soll zum 1. Februar 2020 passieren.“

Besser planen dank präziser Personalbemessung

Emil Slany ist zufrieden. Als Jugendamtsleiter freut er sich, dass die Personalbemessung künftig einfacher wird. Jetzt, wo alles detailliert in der Software abgebildet wird, kann er genau auswerten, wie viele Sachbearbeiter und Sozialarbeiter wann wo gebraucht werden. „Das ist für die Haushaltsplanung extrem wichtig. Was ich aber auch sehr schätze, ist die Qualität der Daten. Auf diese Weise werden die Fälle im ASD schneller abgearbeitet und folglich auch die Bewilligungen von passgenauen Leistungspaketen. Das bedeutet im Umkehrschluss: Hilfebedürftige Kinder und Jugendliche bekommen so schneller Unterstützung, also Angebote, Beratung oder Erziehungshilfen, die auf den jeweiligen Jugendhilfebedarf abgestimmt sind.“

Die Schnittstelle zur Finanzsoftware OK.FIS in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe und zum Integrierten Haushalts- und Kassensystem der Staatsoberkasse, das die Hilfen auszahlt, beschleunigt ebenfalls den gesamten Prozess. Auch für die Sachbearbeiter ist vieles



Emil Slany und Elke Riedl vom Jugendamt Tirschenreuth arbeiten jetzt mit OK.JUS.

„Sachbearbeiter können sich heute leichter in bestehende Fälle einarbeiten. Alles ist in der Software bestens dokumentiert.“

Emil Slany

einfacher geworden. „Die Schwierigkeiten, die Mitarbeiterfluktuation, Teilzeitbeschäftigung oder Ausfälle durch Krankheit oder Mutterschaft früher mit sich brachten, sind nicht mehr so gravierend. Denn Sachbearbeiter können sich heute leichter in bestehende Fälle einarbeiten. Alles ist in der Software bestens dokumentiert. Sie ist im wahrsten Sinne des Wortes selbsterklärend.“ Selbstverständlich ist die Umstellung manchmal mühsam. „Man muss sämtliche Mitarbeiter des Jugendamts von Anfang an mitnehmen bei diesem Prozess“, mahnt Elke Riedl.

Die Jugendämter verändern sich – OK.JUS verändert sich mit

Emil Slany will sein Haus für die künftigen Herausforderungen fit machen. „In der nächsten Zeit“, meint er, „kommt viel auf Jugendämter zu: die neue Jugendstrategie der Bundesregierung, die Novellierung des Sozialgesetzbuches VIII, die Stärkung der Kinderrechte. Da ist viel in Bewegung. Entsprechend werden sich die Arbeitsprozesse und die Fallbearbeitung verändern. Ich bin überzeugt, dass wir hier in Tirschenreuth mit OK.JUS für alle Eventualitäten gut gerüstet sind. Denn die Software ist so konzipiert, dass man flexibel Aktivitäten hinzufügen oder löschen kann, ohne alles neu programmieren zu müssen.“ So, findet Slany, sieht Nachhaltigkeit in seiner besten Form aus. ■



AusweisApp2

Auch per iOS ins Bürgerservice-Portal

Jetzt können auch iPhone-Besitzer die Online-Ausweisfunktion direkt nutzen. Das bedeutet für das Bürgerservice-Portal, dass Bürger das Online-Ausweisen ab sofort mobil mit Smartphones aller großen Hersteller vornehmen können.

Die AusweisApp2 ersetzt das Kartenlesegerät und ermöglicht es Bürgern, sich mit ihrem Smartphone schnell und unkompliziert auszuweisen. Die Software garantiert eine sichere Verbindung zwischen dem Personalausweis mit eID-Funktion, dem Smartphone und dem Anbieter, dessen Online-Dienst genutzt werden soll.

Die schnelle, mobile, aber dennoch sichere Handhabung ohne zusätzliches Lesegerät erfüllt die Anforderungen digital-affiner Bürger, die ihre Verwaltungsanliegen bequem von zuhause oder unterwegs erledigen möchten. ■

Sozialer Einsatz der AKDB-Belegschaft

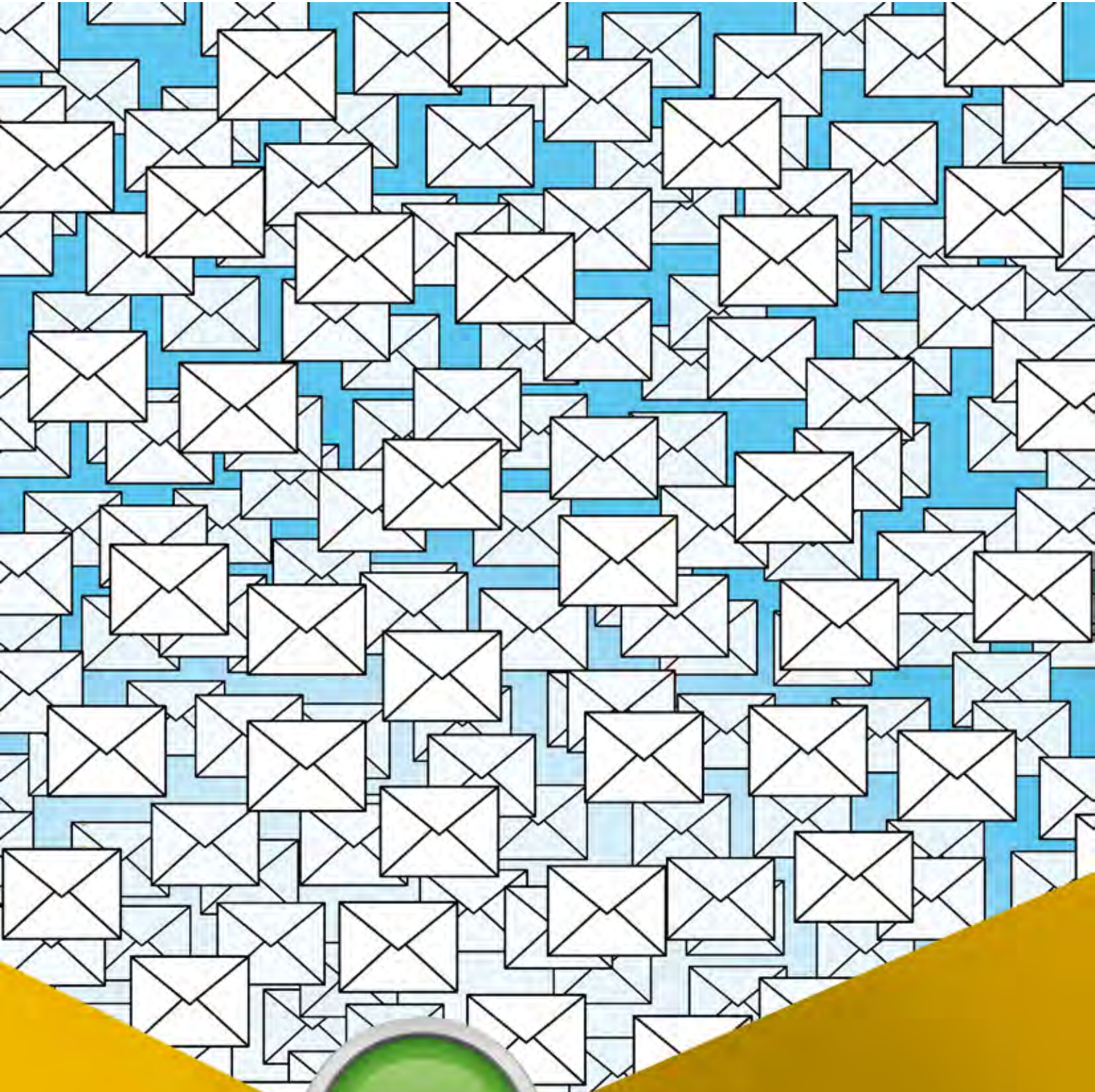
Restcents für eine gute Sache

Immer mehr Mitarbeiter der AKDB spenden im Rahmen der Restcent-Aktion den Nachkommabetrag ihres monatlichen Nettogehaltes für einen guten Zweck! In diesem Jahr profitierte der LichtBlick Seniorenhilfe e.V.

Erfolgsrezept dieses Konzeptes ist nicht die Höhe der einzelnen Spenden, sondern die Masse der Spender. Zusätzlich stockte der AKDB-Vorstand die Spende auf. Ende 2019 wurde das gemeinnützige Projekt des LichtBlick Seniorenhilfe e.V. unterstützt, der dafür insgesamt 2.800 Euro erhielt. Der Verein leistet unbürokratisch und schnell Unterstützung für Senioren, deren gesetzliche Rente oft nicht ausreicht, um im Alltag über die Runden zu kommen – und das trotz jahrzehntelanger Erwerbstätigkeit. Dies ermöglicht den Betroffenen wieder mehr soziale Teilhabe. ■



Freudiger Anlass: Sonja Pejhan (Mitte) vom LichtBlick Seniorenhilfe e.V. mit Korinna Pöppel und Thomas Nordgerling von der AKDB.



Die AKDB bietet mit ihrem
Klickbrief eine Möglichkeit für
einen schnellen und kosten-
günstigen Massenversand.

Schneller Bescheidversand beim Abfallwirtschaftsverband Isar-Inn

Klickbrief – den kann man wörtlich nehmen

Ende des Jahres stand wieder einmal ein Bescheidversand des Abfallwirtschaftsverbandes (AWV) Isar-Inn bevor. Da traf es sich gut, dass die Verantwortlichen gerade vom AKDB-Klickbrief erfahren hatten, einer Dienstleistung, die die AKDB gemeinsam mit der Deutschen Post AG anbietet: Mit dieser Lösung können öffentliche Verwaltungen Produktion, Druck und Versand schnell und einfach abwickeln.

Der Abfallwirtschaftsverband Isar-Inn hatte durch AKDB-Vertriebsberater Werner Kumm den Hinweis erhalten, dass die AKDB mit ihrem Klickbrief eine Möglichkeit für einen schnellen und kostengünstigen Massenversand bietet. Ein wesentlicher Aspekt im Entscheidungsprozess pro AKDB-Klickbrief war, dass die zu versendenden Bescheide mit der AKDB-Finanzsoftware OK.FIS erstellt wurden und somit Bescheiderstellung und Versand in einer Hand lagen.

Der Upload der gesamten Versandinformationen ins Rechenzentrum dauerte nur zwei Minuten, die Zusammensortierung der vorabgestimmten Sendungen nur etwa acht Stunden: Bei der großen Anzahl an Bescheiden eine bemerkenswert kurze Verarbeitungszeit! Die Bescheide wurden vor Versand nach verschiedenen Kriterien sortiert. Somit war es möglich, Briefe zu unterschiedlichen Objekten, die aber an einen Empfänger gerichtet waren, auch in einer gemeinsamen Sendung zu kuvertieren. Durch diese Zusammenführung sank die Anzahl von 68.000 Bescheiden auf etwa 60.000 Postsendungen.

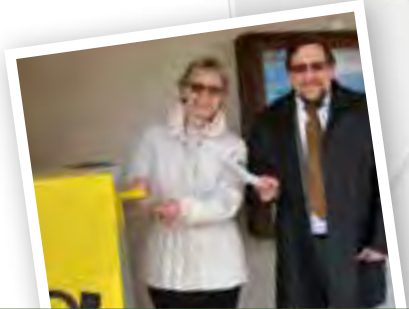
Die Vorschau der Web-Oberfläche im Klickbrief erleichterte die thematische Sortierung von Beilagen zu den Bescheiden und sorgte so für eine leichtere Zuordnung.

Mit dem Klickbrief konnten die AWV-Verantwortlichen über 68.000 Bescheide schnell, einfach und sicher versenden. Der gesamte Prozess von Bescheiderstellung bis zur Zustellung bei den Bürgern dauerte nur 14 Tage. Alle Beteiligten sprachen im Nachgang von einem gelungenen Verlauf des gesamten Projekts. Die Zusammenarbeit zwischen AWV, Deutscher Post und AKDB gestaltete sich von Anfang an konstruktiv und zielgerichtet.

Solche Massenversandaktionen sind auch beim AWV nicht alltäglich. Sollten in Zukunft wieder ähnliche Aktionen anstehen, etwa bei der Einführung der gelben Tonne, wird man gerne wieder auf die AKDB zukommen! ■



Bescheidversand mit dem AKDB-Klickbrief: Der AWV-Verbandsvorsitzende und Landrat von Dingolfing-Landau, Heinrich Trapp (Mitte), sein Stellvertreter und Landrat von Rottal-Inn, Michael Fahmüller (links), sowie AWV-Verwaltungschef Lorenz Schmidmaier (rechts)



AWV-Kassenverwalterin Edeltraud Stinglhammer (neben Werner Kumm von der AKDB): „Der Name AKDB-Klickbrief ist hier Programm und kann wörtlich genommen werden. Per Mausklick landen die Bescheide aus dem Verfahren heraus beim virtuellen Drucker, die Briefe werden automatisch hochgeladen. In der einfach gestalteten Web-Oberfläche konnten wir alles nochmal überprüfen und mussten uns nach Freigabe um nichts mehr kümmern. Ein paar Tage später erreichten über 60.000 Sendungen fristgerecht unsere Kunden.“



Der Abfallwirtschaftsverband Isar-Inn (AWV Isar-Inn) ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zuständig für die Landkreise Rottal-Inn und Dingolfing-Landau. Die Fläche des Verbandsgebietes beträgt 2.159 km². Das politische Entscheidungsgremium des Abfallwirtschaftsverbandes Isar-Inn ist die Verbandsversammlung: Sie besteht aus den Landräten und jeweils vier Kreisräten der Landkreise Dingolfing-Landau und Rottal-Inn.

Next Generation Outsourcing in Schwangau

„Mit eigenen Mitteln und Personal nicht zu leisten!“

Schwangau im Februar. Die Königsschlösser liegen malerisch in der Vormittagssonne. Nur der Schnee fehlt für die winterliche Postkartenidylle. Wir treffen den Ersten Bürgermeister Stefan Rinke und sprechen mit ihm über Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung. Die Ostallgäuer nutzen als erste Kommune im Landkreis das Next Generation Outsourcing von der AKDB.

Nach einigen Vor-Ort-Terminen zu Konzeptions- und Angebotsbesprechungen traf man sich im Schwangauer Rathaus zur Vertragsunterzeichnung: AKDB-Vertriebsberater Thomas Meyer hatte den Schwangauern ein größeres Vertragswerk für das Next Generation Outsourcing plus Managed-Services-Paket mitgebracht. Der vereinbarte Fahrplan bei der Einführung sieht zunächst die Serverumstellung vor, dann folgt der Umzug aller wichtigen Verwaltungsfachverfahren – Einwohnermeldewesen, Personalwirtschaft und Friedhofsverwaltung – ins AKDB-Rechenzentrum, und anschließend beginnt der echte Next Generation Outsourcing-Betrieb. Natürlich wollen die Schwangauer schon in der Startphase einen zentralen Ansprechpartner. Und sie bekommen ihn auch: Bei Betriebsbeginn wird eine separate Hotline-Nummer vergeben, die im Bedarfsfall sofort mit einem Outsourcing-Spezialisten der AKDB-Systemhaustochter LivingData GmbH verbindet.

IT-Outsourcing – ohne echte Alternative

Bislang waren die Schwangauer überzeugte autonome Anwender, mit vor Ort installierter Software. Der Trend zum Outsourcing zeichnete sich aber schon seit Längerem ab: „Die wichtigsten Aspekte sind für uns ganz klar Datensicherheit und Stabilität des IT-Systems. Wir können als kleine Gemeinde mit etwa 3.000 Einwohnern die Qualität, die in diesen beiden Bereichen notwendig ist und in Zukunft noch wichtiger wird, mit eigenen Ressourcen nicht leisten“, erklärt Bürgermeister Rinke. Das Thema wurde im Gemeinderat intensiv diskutiert, mit dem Ergebnis, dass das Outsourcing die optimale Lösung und der einzige Weg für eine kleinere Kommune sei. Wollte die Gemeinde selbst für einen stabilen und sicheren Serverbetrieb sorgen, dann bräuhete sie mehr Personal. Um Herausforderungen wie Backup-Management

und Serverwartung, die man früher auch mal nach Feierabend und am Wochenende erledigte, müssen sich die Schwangauer dank Next Generation Outsourcing nun nicht mehr selbst kümmern.

Das Outsourcing-Angebot kam für die Allgäuer genau zum richtigen Zeitpunkt: „Wir wollten jetzt eine langfristige strategische Entscheidung treffen, was den gesamten kommunalen IT-Betrieb angeht. Das Outsourcing macht uns weitgehend unabhängig von eigenem Personaleinsatz, und damit ist die Zukunft besser kalkulierbar. Für die nächsten Jahre kennen wir unseren finanziellen Aufwand“, sagt Rinke.

Datenhosting im „weiß-blauen“ Rechenzentrum

Weitere Gründe, warum sich Schwangau für diese Lösung entschieden hat? Da fallen Rinke die traditionell guten Beziehungen zur AKDB ein, verbindet die Gemeinde Schwangau mit der AKDB doch eine lange Historie: „Insofern war es konsequent, dass wir das Outsourcing mit der AKDB machen“. Die AKDB sei ein verlässlicher Partner vieler Kommunen, die alle gerne mit einem bayerischen Unternehmen zusammenarbeiteten. „Es ist ein beruhigendes Gefühl zu wissen, dass unsere Daten in einem weiß-blauen Rechenzentrum gehostet werden und nicht sonst wo auf der Welt“, sagt Rinke lachend.

Die Komplexität der IT nimmt unterdessen immer mehr zu und erfordert praktikable Lösungen. „Dieses Produkt ist letztlich auf Zuruf unserer Kunden entstanden“, betont Vertriebsberater Meyer: „Die ersten Kunden wollten mit uns schon in die Umsetzungsphase gehen, während wir noch die Rechenzentrumskapazitäten aufgebaut haben – einfach, weil Bedarf und Nutzen so hoch waren.“

**„Ein Vorteil der AKDB:
Wir bekommen alle
Fachverfahren und die
jeweilige Systembetreuung
aus einer Hand.“**

Bürgermeister Stefan Rinke



Zusammen ins Outsourcing:
Schwangaus Bürgermeister Rinke (r.)
mit Thomas Meyer (AKDB)

Beratungsangebot für eine optimale Digitalstrategie

Rinke wünscht sich insgesamt mehr Zentralisierung im IT-Bereich und sieht darin keinen Widerspruch zur kommunalen Selbstverwaltungshoheit: „Wir haben große Herausforderungen zu meistern, nicht zuletzt wegen knapper finanzieller Mittel. Durch Kooperation und Bündelung der Kräfte können wir unsere Aufgaben besser lösen. Wir schaffen dadurch Synergieeffekte und verbessern die Effizienz unserer Arbeitsprozesse. Gleichzeitig können wir durch einen verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit den Ressourcen unsere Eigenständigkeit und Identität als Gemeinde sichern,“ ist der Schwangauer Bürgermeister überzeugt.

Es ist ein klarer Vorteil für alle, wenn nicht jede Gemeinde ihr eigenes Süppchen kocht und das Rad neu erfinden muss. Den Kundenbedarf kann die AKDB dabei optimal abdecken, indem sie Zukunftsthemen erkennt, frühzeitig darauf reagiert und passende Angebote schafft.

Zufrieden zeigt sich Rinke auch mit Betreuung und Beratung durch die AKDB: „Vom Erstgespräch bis zum Vertragsabschluss vergingen nur wenige Wochen.“ Und obwohl die Gemeinde Schwangau schon eine Art Trendsetter bei der Digitalisierung ist, hat sie für die langfristige Weiterentwicklung ihrer IT-Strategie schließlich noch die Dienstleistung der AKDB-Organisationsberatung DIGITAL.Consulting in Anspruch genommen. ■

„Wir gehen davon aus, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen von mir den Weg ins Outsourcing gehen werden. Gerade für kleinere Kommunen gibt es keine wirkliche Alternative.“

Erster Bürgermeister Stefan Rinke, Gemeinde Schwangau

*Röthenbach an der Pegnitz:
Mehr Bürgerservice mit Kassenautomaten*

Zeit sparen in modernem Ambiente

Früher wurde in den Räumen des Bürgerbüros Gyros, Zaziki und Ouzo serviert. Glauben Sie nicht? Ist aber wirklich so. Vor ein paar Jahren befand sich im Anbau des Röthenbacher Rathauses ein griechisches Restaurant. Nach dem „Grexit“, wie Bürgermeister Klaus Hacker scherzhaft den Auszug der Griechen bezeichnet, wurden die ehemaligen Ratsstuben umgebaut und beherbergen jetzt das neue, moderne Bürgerbüro der Stadtverwaltung.



Dort können die Röthenbacher nun einen Großteil ihrer Verwaltungsgänge erledigen: den Personalausweis verlängern, einen Umzug anzeigen oder ein Führungszeugnis beantragen. Für diese und andere Verwaltungsakte erheben Kommunen Gebühren, die beglichen werden müssen. Durch den Umzug des Bürgerbüros und des Kulturamtes ins Nebengebäude des Rathauses hätten die Bürger das Gebäude zum Bezahlen aber verlassen müssen. Dies hielt man in der „Stadt der kurzen Wege“ für keine gute Idee: Im Zuge der Umbauplanung entschied man sich daher für die Anschaffung eines Kassensautomaten.

„Wir wollten den Röthenbachern bei ihren Amtsgängen Zeit und Nerven ersparen und gleichzeitig ein modernes Ambiente bieten. Auch der Sicherheitsfaktor war uns wichtig: Schließlich ist hier täglich eine beachtliche Menge Bargeld im Umlauf“, erklärt Jürgen Meyer aus dem Einwohnerwesen. „Mit dem Kassensautomaten optimieren wir interne Prozesse und erreichen eine noch höhere Servicequalität.“

Den richtigen Partner finden

Das Projekt erforderte eine sorgfältige Vorbereitung, auch IT-seitig. Mit der AKDB arbeitet die Kommune schon lange zusammen. Das Fachverfahren OK.EWO und die Bezahlsoftware OK.CASH hat das Rathaus bereits seit Jahren im Einsatz. Da lag es nahe, auch dieses Projekt in die Hände eines vertrauenswürdigen Partners zu legen. „In ein etabliertes System einzugreifen, ist oft schwieriger, als Prozesse komplett neu aufzusetzen“, sagt Sandra Rauh-Carqueville, Teamleiterin Entwicklung im AKDB-Finanzwesen, zur Komplexität des Projekts. Bestehende Abläufe unter Einsatz der Barkasse durch den Automaten zu ersetzen, erforderte nicht zuletzt Fingerspitzengefühl: Technische Schnittstellen zu den Fachverfahren müssen hergestellt, die Mitarbeiter frühzeitig eingebunden werden. Umkonfigurationen am System können weitgehend vorbereitet werden, bestimmte Dinge lassen sich aber erst kurz vor dem Start umstellen.

„Bei diesem Vorhaben waren viele Personen involviert. Und alle zogen an einem Strang“, resümiert Rauh-Carqueville. Von der Stadt Röthenbach waren das Mitarbeiter des Einwohnerwesens, der Kasse und der EDV-Abteilung. Außerdem war die Firma ght als Vertriebspartner der CSG Systems GmbH, Hersteller des präferierten Kassensautomaten, mit von der Partie. Und von der AKDB standen Vertreter aus Vertrieb, Kundenservice und Entwicklung für die Umsetzung zur Verfügung. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten erleichterte den erfolgreichen Verlauf.

Jürgen Meyer war insgesamt zufrieden: „Ein solches Projekt ist nicht immer ganz leicht, so hätten wir zum Teil noch detailliertere Dokumentationen für die Schnittstelleneinrichtung benötigt. Aber wir waren vom extrem guten Service der extern eingebundenen Personen überrascht, etwa, was Fachkenntnisse und Erreichbarkeit angeht.“ Ein besonderer Dank ging an Sandra Rauh-Carqueville für ihr Engagement und ihre Geduld: „Einen solchen Nachdruck bei der Problemlösung sieht man gerne. Deswegen hat uns trotz aller Mühe die Zusammenarbeit immer großen Spaß gemacht.“

Intelligentes Cashmanagement

Über ein ausgefeiltes Banknoten- und Münzkreislauf-System wird das eingezahlte Geld wieder dem Geldkreislauf zugeführt.

Der Automat braucht weniger Wechselgeld, was weniger Kapital bindet und die Sicherheit erhöht.

Ein weiterer Pluspunkt ist die bidirektionale Kommunikation zwischen Kassensautomat und OK.CASH: Die Vorgangsdaten der Bürger laufen direkt aus OK.EWO über OK.CASH an den Kassensautomaten. Dieser übernimmt, quittiert und verbucht Ein- und Auszahlungen über eine Schnittstelle direkt in OK.CASH. Der Bezahlstatus wird über OK.CASH an OK.EWO zurückgemeldet. Der Sachbearbeiter sieht im System unmittelbar den aktuellen Status.

Medienbruchfreie Verarbeitung aller Vorgänge

Zusätzliche Programme, manuelle Ein- oder Nachträge sind nicht mehr erforderlich. Das erleichtert die Rechnungsprüfung, automatisiert Abrechnungen und macht diese transparent und manipulationssicher. Ja, alle Ziele seien erreicht worden, nickt Jürgen Meyer zustimmend: „Das Projekt hat Stadtkasse und Bürger entlastet und mehr Freiraum für individuelle Bürgeranliegen geschaffen, es profitieren beide Seiten. Der Aufwand hat sich also mehr als gelohnt.“

Mit der Vernetzung verschiedener Fachbereiche hat die Stadtverwaltung Röthenbach einen weiteren Meilenstein auf dem Weg in die moderne Verwaltung getan und zeigt sich so als einer der Vorreiter der Metropolregion Nürnberg/Fürth/Erlangen. ■

Der CSG-Kassensautomat nimmt Gebühren für die einzelnen Fachbereiche der Stadtverwaltung ein. Für das Bezahlen müssen die Bürger nun den Wartebereich nicht mehr verlassen.



Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung

So läuft's am Starnberger See

Der Starnberger See ist eingebettet in eine herrliche Landschaft und ein begehrtes und beliebtes Naherholungsgebiet. Dabei setzt man es als selbstverständlich voraus, dass der See sauber und frei von Abwässern ist. Wenige haben eine Vorstellung von der Arbeit, die mit der Reinhaltung des Sees verbunden ist und mit der der Abwasserverband Starnberger See das sensible Ökosystem im Gleichgewicht hält. Auch der Aspekt Datenschutz spielt dabei im täglichen Betrieb eine wichtige Rolle.

APRIL 2019

Martin Jäcklein, Referent für Personal und Recht und Datenschutzkoordinator des Abwasserverbandes Starnberger See, ist nicht zufrieden mit seinem bisherigen DSGVO-Dienstleister und externen Datenschutzbeauftragten. Dieser hat sich seit längerer Zeit nicht mehr gemeldet. Jäcklein weiß, dass die Zeit drängt und die DSGVO umgesetzt werden muss. In der Verbandszeitschrift des Bayerischen Gemeindetags findet er einen Flyer der GKDS. Jäcklein nimmt Kontakt auf.

MAI 2019

Regina Reitenhardt, die Geschäftsführerin der GKDS, besucht Martin Jäcklein und den Geschäftsleiter des Abwasserverbandes am Starnberger See. Sie stellt die Vorgehensweise der GKDS vor und präsentiert die Kommunikationsplattform. Am Ende des Gesprächs hat sie bereits ein schriftliches Angebot für eine Datenschutz-Bestandsanalyse erstellt.

JUNI 2019

Die Auftragsbestätigung geht bei der GKDS ein. Ein zertifizierter Datenschutzbeauftragter mit Kommunerfahrung fährt zum Abwasserverband und untersucht den Stand der Umsetzung der DSGVO-Vorgaben. Er stellt fest, dass schon einiges in die Wege geleitet wurde, vieles aber noch fehlt. Zum Beispiel ist das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten noch unvollständig, die Informationsblätter müssen noch komplettiert werden. Auch bei der Videoüberwachung muss nachgebessert werden. Ein schriftlicher Bericht geht dem Abwasserverband zu. Mit der Bestandsanalyse ist Jäcklein zufrieden und kündigt seinem bisherigen Dienstleister. Er beauftragt jetzt die GKDS mit der DSGVO-Umsetzung und mit der Rolle des externen Datenschutzbeauftragten.



Abwasserverbanc
Starnberger See

Der Abwasserverbanc Starnberger See wurde im Jahr 1964 als ein Gemeinschaftsprojekt aus der Taufe gehoben. Die Gründung war dringend notwendig geworden. Der See braucht nämlich ständige Zuwendung. Denn er besitzt keinen größeren Zulauf. Auch ist sein Wassereinzugsgebiet gering.

AUG/SEP 2019

Der Abwasserverbanc Starnberger See erhält die DSGVO-Arbeitspakete auf der GKDS-Kommunikationsplattform. Die Arbeiten beginnen. Als Erstes wird die Erstellung einer Datenschutzrichtlinie in Angriff genommen.

OKTOBER/NOVEMBER 2019

Die Umsetzung der DSGVO-Vorgaben geht weiter. Daneben werden Fragen an den GKDS-Datenschutzbeauftragten gestellt, zum Beispiel zur Nutzung von Mitarbeiterfotos zu Werbezwecken: Der Abwasserverbanc Starnberger See wirbt auf der Bande eines Sportvereins mit einem Gruppenbild von Mitarbeitern. Schriftliche Einwilligungserklärungen liegen vor. Nun kündigt ein auf der Werbung abgebildeter Mitarbeiter seine Arbeitsstelle und widerruft seine Einwilligung.

Was sagt der GKDS-Datenschutzbeauftragte dazu?

„Der Widerruf der Einwilligungserklärung ist rechtmäßig. Der abgebildete Mitarbeiter muss im Werbebanner geschwärzt oder die Werbung ganz entfernt werden. Werden Fotos oder Videos mit Mitarbeitern zu Werbezwecken eingesetzt, ist eine schriftliche Einwilligungserklärung nach DSGVO zwar grundsätzlich ausreichend, birgt aber das Risiko, dass sie jederzeit widerrufen werden kann. Als Legitimationsgrundlage sollte deshalb ein ‚Model-Release-Vertrag‘ mit den Abgebildeten geschlossen und darin eine unwiderrufliche Genehmigung zur Nutzung des Fotos oder Videos vereinbart werden.“

DEZEMBER 2019

Die Anforderungen der DSGVO sind nahezu umgesetzt. Aber schon kommt auf den Abwasserverbanc als öffentlich-rechtliches bayerisches Unternehmen eine weitere Herausforderung zu. Nach dem Bayerischen E-Government-Gesetz ist ein Informationssicherheitskonzept zu erstellen. Den Auftrag dafür erhält ebenfalls die GKDS.

Martin Jäcklein kann beruhigt in die Zukunft blicken, denn er weiß: Die Zusammenarbeit mit der GKDS ist zielführend. Schließlich hat er es mit engagierten Datenschutz- und Informationssicherheitsexperten zu tun.



Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Schnellere Visumsverfahren – mehr Wirtschafts- wachstum

Seit 1. März 2020 gilt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Da ändert sich einiges für Arbeitnehmer und Ausländerbehörden. Die AKDB unterstützt 52 Ausländerbehörden in ganz Deutschland und passt ihre Software OK.VISA an die neuen gesetzlichen Vorgaben an.



Neu ist im Wesentlichen die Definition von Fachkraft und der Verzicht auf eine Vorrangprüfung bei anerkannter Qualifikation und Arbeitsvertrag. Deutschen oder EU-Arbeitskräften wird also nicht mehr der Vorrang gegenüber Nicht-EU-Bewerbern eingeräumt. Die qualifizierte Fachkraft muss lediglich einen Arbeitsvertrag bzw. ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorweisen und eine in Deutschland anerkannte Qualifikation.

25.000 mehr Fachkräfte pro Jahr

Der ganze formale Einwanderungsprozess beginnt also bereits im Ausland. Sind alle Voraussetzungen für ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren erfüllt, erteilt die Ausländerbehörde eine sogenannte Vorabzustimmung, die sie dem Arbeitgeber zur Weiterleitung an die Fachkraft zusendet. Diese bucht anschließend einen Termin bei der Auslandsvertretung zur Beantragung des Visums, der innerhalb von drei Wochen stattfindet. Nachdem der vollständige Visumantrag von der Fachkraft gestellt wurde, wird in der Regel innerhalb von weiteren drei Wochen über diesen entschieden. Aufenthaltstitel werden dann auf vier Jahre ausgestellt. Für die besonders gefragten IT-Spezialisten entfällt sogar eine weitere Hürde: Sie können unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne einen formalen Abschluss Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

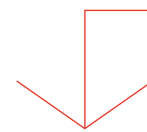
2018 wurden knapp 100.000 Visa für Erwerbstätigkeit (einschließlich Wissenschaftler, Hochqualifizierte, Praktika, Au-Pair, Freiwilligendienste) für Menschen aus dem nicht-europäischen Ausland ausgestellt. Am häufigsten für Antragsteller aus Serbien (10.000), gefolgt von Bosnien-Herzegowina (7.800) und Nordmazedonien (5.900). Nach Schätzung der Bundesregierung werden durch die neuen Regeln pro Jahr etwa 25.000 zusätzliche Fachkräfte nach Deutschland kommen.

Ausländerbehörden brauchen eine starke Software

Das bedeutet zunächst mehr Arbeit für die Ausländerbehörden. Die brauchen eine Software, welche die neuen Rechtsgrundlagen beachtet und entsprechend ihre Meldung an das Ausländerzentralregister übernimmt. Zum Beispiel das in Bayern marktführende Fachverfahren im Ausländerwesen OK.VISA. Die Software ist derzeit in 52 Ausländerbehörden in Deutschland im Einsatz. Die benötigten Rechtsgrundlagen zum Vollzug des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes wurden in der Software berücksichtigt und die OK.VISA-Anwender darüber informiert. OK.VISA unterstützt Behörden bei allen Aufgaben im Vollzug des Ausländerrechts und gewährleistet eine Anbindung an alle im Ausländerwesen relevanten Register. Mit diesem Ausländerfachverfahren werden derzeit bundesweit gut 1,5 Millionen ausländische Bürger verwaltet. Hauptsächlich in Bayern. Hier sind die Ausländerbehörden bei kreisfreien Städten und Landratsämtern angesiedelt. Die Landeshauptstadt München betreut beispielsweise als größte selbstständige Ausländerbehörde gut 440.000 ausländische Personen mit OK.VISA. Für den 1. März 2020 war also für die Visumsbeantragung bestens vorgesorgt. ■

Der Personalmangel trifft nicht nur die deutsche Verwaltung, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft. Detlef Scheele, Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit, hält den Mangel an geeignetem Personal sogar für den größten Bremsklotz der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr, wie er kürzlich in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur sagte.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, wurde am 7. Juni 2019 das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) verabschiedet, das seit 1. März 2020 in Kraft getreten ist. Das Gesetz erlaubt es Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern, leichter einen Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt zu finden. Es regelt klar und transparent, wer zu Arbeits- und zu Ausbildungszwecken nach Deutschland kommen darf und wer nicht. Die meisten Änderungen durch das FEG erfolgen im Aufenthaltsgesetz (AufenthG).



OK.VISA:

- in Bayern führendes Fachverfahren
- Schnittstelle zum Behördeninformationssystem BayBIS
- automatisierte Schnittstelle zwischen Ausländerwesen und Meldewesen

Sämtliche Informationen finden Sie unter:
www.akdb.de



Traumkulisse, gutes Wetter und viele Fans an der Strecke. Beim Skilanglauf, der traditionell am stärksten besetzten Sportart. Bild aus dem Jahr 2015 © SOD/Tom Gonsior



Gemeinsam stark

AKDB engagiert sich bei Special Olympics

Vom 2. bis 6. März fanden die Special Olympics Berchtesgaden 2020 statt, die Nationalen Winterspiele für Menschen mit geistiger Behinderung. Rekordverdächtig war dieses Mal die Teilnehmerzahl: 900 Athletinnen und Athleten nahmen daran teil. Die AKDB war zum ersten Mal Co-Sponsor der Veranstaltung.



Für mehr Inklusion in Sport, Arbeitswelt und Gesellschaft. Dafür macht sich die AKDB stark. Und so waren die Special Olympics Berchtesgaden die perfekte Gelegenheit, um ein Zeichen zu setzen und soziales Engagement zu zeigen. Zum ersten Mal co-sponserte die AKDB die Veranstaltung, die 1968 durch Eunice Kennedy-Shriver, einer Schwester von US-Präsident John F. Kennedy, ins Leben gerufen wurde. Unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder gingen 900 Athletinnen und Athleten aus 13 Bundesländern in acht Sportarten an den Start. Das Motto der Veranstaltung lautete: „Gemeinsam stark“. Es wurden Wettkämpfe in Disziplinen wie Eiskunstlauf, Ski Alpin, Snowboard oder Schneeschuhlauf ausgetragen. ■



„Gute Planung ist das halbe Leben“

Interview mit Petra Feldmeier (36), Produktmanagerin Verkehrswesen

Gerade mal sechs Monate ist Petra Feldmeier als Produktmanagerin im Bereich Verkehrswesen bei der AKDB tätig. Ihr Aufgabengebiet ist relativ neu und zunehmend wichtig. Denn bei immer kürzeren Produktlebenszyklen ist eine vorausschauende Produktstrategie erfolgsentscheidend. Im Interview verrät sie uns, was sie an ihrem Job mag und warum sie die öffentliche Verwaltung jetzt mit ganz neuen Augen sieht.

„Ein Produkt von der Entstehung bis zur Marktreife zu begleiten, finde ich besonders erfüllend. Ich mag es, messbare Erfolge zu sehen. Und an der Optimierung eines Produkts zu arbeiten.“

Petra Feldmeier,
Produktmanagerin
Verkehrswesen

Frau Feldmeier, seit wann sind Sie bei der AKDB?

Ich habe im September 2019 angefangen, das heißt seit einem halben Jahr.

Wie haben Sie von dem Job erfahren?

Ich habe eine Online-Plattform für Stellenanzeigen nach dem Stichwort „Produktmanager“ durchsucht und da kam die Anzeige der AKDB. Bisher war mir die AKDB noch kein Begriff, da ich aus der Privatwirtschaft komme.

Waren Sie schon vorher im Produktmanagement tätig?

Ja, ich war zehn Jahre lang Produktmanagerin in unterschiedlichen Branchen: in der Kosmetikbranche, in der Keramikindustrie und zuletzt in der Elektronikbranche. Dort habe ich mich zuletzt vor allem um strategisches Marketing im B2B-Bereich gekümmert. Aber ich wollte wieder klassisches Produktmanagement machen.

Und was machen Sie genau als Produktmanagerin?

Ich definiere die Positionierung und Zielsetzung eines Produkts, vorrangig die der Kfz-Zulassungs-Software OK.VERKEHR. Auch um OK.EFA und OK.VORFAHRT kümmere ich mich. Die werden allerdings Ende 2022 komplett von OK.VERKEHR abgelöst. Meine Aufgabe besteht darin, Produktanforderungen und die Marktpositionierung zu definieren. Dazu muss ich den Markt und die Konkurrenz analysieren. Dann bestimme ich das Produktportfolio mit. Außerdem kümmere ich mich auch um das Produktmarketing.

Florida gehört zu den Traumreisezielen der 36-Jährigen.





Petra Feldmeier liebt Tennis und Skifahren. Zusätzliches Training bietet ihr ein Fitness-Programm.

Petra Feldmeier kommt aus der Gegend um Schwandorf. Sie studierte BWL mit Spezialisierung auf Marketing und hat im Anschluss den Masterabschluss in Bereich Marketing Management erlangt. Bevor sie als Produktmanagerin bei der AKDB anfang, war sie zehn Jahre lang ebenfalls als Produktmanagerin in der Kosmetik-, Keramik- und Elektronikbranche tätig. Trotzdem weiß sie seit Kindesbeinen, wie die Verwaltung tickt: Ihr Großvater war schließlich Bürgermeister in Schwandorf.

Was macht das Produktmanagement so interessant?

Ein Produkt von der Entstehung bis zur Marktreife zu begleiten, finde ich besonders erfüllend. Ich mag es, messbare Erfolge zu sehen. Und an der Optimierung eines Produkts zu arbeiten. Der nächste Schritt bei OK.VERKEHR könnte zum Beispiel die Anbindung über Schnittstellen an andere Fachverfahren sein – ganz im Sinne der Verwaltung als One-Stop-Shop.

Warum gehen Sie jeden Tag gern in die Arbeit?

An meinem Job mag ich, dass er sehr abwechslungsreich ist, dass ich ein Produkt mitgestalten kann und dass ich die Schnittstelle zu verschiedenen Abteilungen bin: zur Entwicklungsabteilung, zum Kundenservice und zur Produktplanung.

Um diese Schnittstelle optimal zu erfüllen, muss man gewisse Eigenschaften haben. Nennen Sie bitte drei, die Sie charakterisieren!

Man sagt mir, ich sei kreativ, ehrlich und strukturiert. Es gefällt mir, Dinge zu planen, beruflich wie privat. Letzteres bringt mein Umfeld manchmal auf die Palme, denn ich will immer wissen, was ansteht: Was mache ich nächstes Wochenende? Wohin geht es in den Urlaub?

Apropos Freizeit: Was tun Sie, wenn Sie nicht arbeiten?

Ich bin recht sportlich, habe früher viel Tennis als Leistungssport getrieben. Heute habe ich nicht mehr so viel Zeit, aber ich spiele immer noch oft. Ich mache jetzt auch wieder Fitness, fahre im Winter Ski und verbringe viel Zeit mit Freunden und Familie. Meine große Leidenschaft gilt auch dem Reisen.

Wohin reisen Sie am liebsten?

Ich liebe Florida. Dorthin fliege ich seit vier Jahren jedes Jahr wieder hin. Da finde ich alles, was mir gefällt, und viel Abwechslung: Man kann shoppen gehen, es gibt im Naturpark Everglades Sumpflandschaften mit Alligatoren, eine quirliche Kunstszene in Miami. Dazu kommen die Strände, die Leute, die Sonne. Die USA waren schon seit meiner Jugend mein Traum.

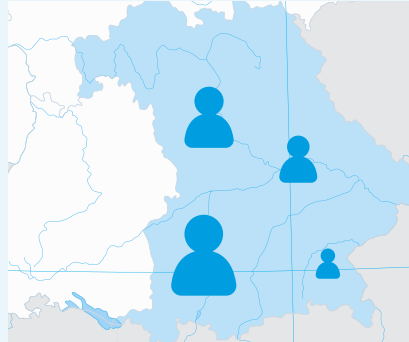
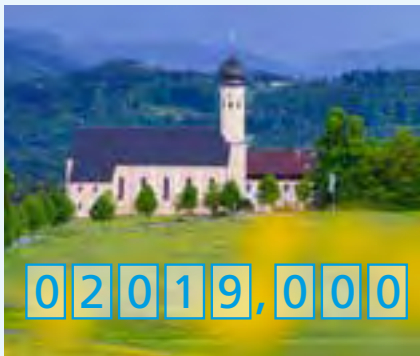
Sehen Sie die öffentliche Verwaltung jetzt mit anderen Augen als früher?

Ja, auf jeden Fall. Dazu muss ich aber sagen, dass ich nicht ganz unerfahren war: Mein Vater war Beamter, mein Großvater Bürgermeister in Schwandorf und meine Mutter arbeitete im Landratsamt. Also bin ich familiär „vorbelastet“. Aber es stimmt: Ich habe jetzt größeren Einblick in den Arbeitsalltag der Verwaltung und bin positiv überrascht, wie weit der Digitalisierungsgrad in den meisten Behörden bereits ist. Das Image der verstaubten Verwaltung entspricht keineswegs der Wahrheit. ■

Lesen Sie im nächsten REPORT unter anderem ...

... über die Gemeinde Irschenberg:

Gerade als kleinere Verwaltung empfindet sie die Digitalisierung als Vorteil. 2019 hat sie die Wasserzählerwechsel-App und den Online-Dienst „Wasserzählerablesung“ eingeführt. Jetzt erntet sie die Früchte dieser Entscheidung. Wir waren zu Besuch.



... über das Forschungsprojekt Akt-Mel.

Das Ziel: anonymisierte, geocodierte Einwohnerdaten bei der Infrastruktur- und Verkehrsplanung zu nutzen. Forschungspartner sind neben der AKDB auch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hof und der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

... über die E-Rechnung: Ab 18. April 2020 sind alle Kommunen dazu verpflichtet, Rechnungen digital empfangen zu können und elektronisch weiterzuverarbeiten. Wir beleuchten die Einführung, berichten von ersten Erfahrungen und informieren über bestehende Herausforderungen.



Impressum

AKDB REPORT | Magazin für Kommunen
33. Jahrgang, Heft 01|2020

Inhaber und Verleger

AKDB · Anstalt des öffentlichen Rechts
Hansastraße 12–16, 80686 München
Tel.: 089 5903 0, E-Mail: presse@akdb.de

Herausgeber

Rudolf Schleyer
Geschäftsführender Direktor, Tel.: 089 5903 1750
E-Mail: rudolf.schleyer@akdb.de

Redaktion

Wolfram Weisse (verantwortlich)
Tel.: 089 5903 1516
E-Mail: wolfram.weisse@akdb.de
Andreas Huber, Tel.: 089 5903 1294
E-Mail: andreas.huber@akdb.de
Susanne Schuster, Tel.: 089 5903 1891
E-Mail: susanne.schuster@akdb.de
Claudia von der Brüggen, Tel.: 089 5903 1835
E-Mail: claudia.brueggen@akdb.de

Konzept & Design

balleywasl.muenchen GmbH

Bezugspreis

Bei Einzelbezug 7,50 EUR.
Für Kunden der AKDB ist der Bezug kostenlos.

Nachdruck nur mit Genehmigung der AKDB. ©2020 AKDB

Bildnachweise: Titelbild: iStock/AndreyPopov, Seite 3: AKDB/Gülland, Seite 4: AKDB/Gülland, Seite 5: iStock/crispyicon (grüner Button), iStock/Vladimir Vladimirov (Frau Seifenblase), Wappen (Gemeinde Grabenstätt und Bischofswiesen), Illustration AKDB, Seite 6: AKDB (Foto), iStock/in-future (Grafik), Seite 7: iStock/Farknot_Architect (links unten), iStock/fizkes (Frau mit Laptop), Adobe Stock/Talaj (Schwimmreifen), Seite 8: iStock/alvarez (kleines Bild Mann Krawatte), iStock/izusek (kleines Bild Frau), iStock/SanneBerg (kleines Bild Frau jung), shutterstock/Andrey_Popov (kleine Porträtbilder), iStock/nd3000 (großes Bild links), AKDB/Gülland (großes Bild rechts), Seite 9: iStock/filadendron, Seite 11: AKDB/Gülland (Bild oben), AKDB (Frau unten), iStock/baona (Rolltreppe), Seite 12: privat, Seite 13: iStock/golero (Mann auf Treppe), iStock/stockfour (Schülerin), iStock/Geber86 (Familie), Seite 14: iStock/baona, Seite 16: Privat, Seite 17: AKDB, Seite 18: Wappen (Gemeinde Grabenstätt und Bischofswiesen), Seite 19: Illustration AKDB, Seite 20-21: AKDB, Seite 22: iStock/gerenme, Seite 23: AKDB, Seite 24: iStock/serazetdinov, Seite 25 alle iStock: serazetdinov (Megafon/Raster), GlobalP (Schlange), MoreISO (Wildschwein), schulzie (Parkschild), cclickclick (Hochzeitspaar), Coldimages (Baum), Ani_Ka (Flamme), mattjeacock (Mülltonne), ollo (Parkverbotsschild), pepifoto (Müllsack), Nomadsoul1 (Besteck), RistoArnaudiv (LKW), revel.stockart (Straße), Hibrida13 (Reiter), Michael Burrell (Spendendose), DenisKrivoy (Fischer), archivector (Pfeile), 101cats (Hund), Seite 26-27: iStock/Vladimir Vladimirov, Seite 28: Landratsamt Tirschenreuth (Porträts), iStock/smartboy10 (Brillen), Seite 29: Bundesdruckerei (Frau Mustermann), iStock/Pedro_Turrini (Apfel), AKDB (Gruppenbild), iStock/Grafner (Münzen), Seite 30: iStock/crispyicon (grüner Button), iStock/Dmytro Synelnychenko (Papier), Seite 31: Gerd Kreibich/Passauer Neue Presse (Gruppenbild unten), iStock/subjug (Briefumschlag), AKDB (Bild rechts oben), Seite 32-33: iStock/mihtiander (Landschaft), AKDB (Porträt), Seite 34: iStock/pinstock, Seite 35: Stadt Röthenbach a. d. Pegnitz, Seite 36-37: iStock/FrankRamspott (Landschaft), Abwasserverband Starnberger See (Kläranlage, Logo), Seite 38-39: iStock/Tomml, Seite 40: SOD/Tom Gonsior (2 Bilder oben), SOD/Stefan Holtzem (rechts unten), Seite 41: Rusanovska (Illustration), Privat (Porträt), Seite 42: iStock/VasjaKoman (Ski), iStock/aurielaki (Tennispielerin), Seite 43: iStock/ujord (Kirche), iStock/Cartarium (Konturkarte), iStock/supanut piyakanont (Symbol Person), iStock/AndreyPopov (Laptop), Seite 44: iStock/Slphotography

Die Bürger brauchen Sie –
die Helden der Verwaltung.
Bleiben Sie gesund!

